

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonnentafel für Arbeitslosengehe 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schiffelung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Leben.

Leben heißt: mit heissem Mähen Aufwärts nach der Wahrheit ringen, heißt: in nimmermüdem Streite Ernst das eigne Jod bezwingen.

Leben heißt: mit starkem Arme Fest und froh sein Müd sich schmecken, Rauchend nach den Sternen greifen Und der Welt die Stirns bieten.

Leben heißt: in Kampf und Stürmen Über sich im Herzen tragen, heißt: im Spinnen niemals wanken Und im Leiden nie verzagen.

Heißt: mit immer vollen Händen Liebe spenden, Liebe geben, Und für seine Ideale Kämpfend sterben; das heißt — „Leben“.

M. Straßner.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges ist die Investierung von Kapital in Handel und Industrie noch immer eine bedeutende gewesen, ja sie gerade ist ein hervorragendes Kennzeichen steigender Konjunktur. Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung beanspruchten nach der Statistik der Stat. Bg. im 1. Quartal d. J. 324 559 000 Mk., das sind 40 893 000 Mk. mehr als im gleichen Zeitraum 1910 und 65 452 Mk. weniger als im verfloßenen Quartal. Bei der Gruppe Metalle und Maschinen zeigt sich ein Rückgang sowohl gegen das 4. Quartal 1910 als auch gegen das 1. im 1. Quartal 1911 betrug die Summe des neu investierten Kapitals 21 819 000 Mk., im 4. Quartal 1910 dagegen 41 770 000 und im 1. 1910 31 079 000 Mk. Neugründungen von Aktiengesellschaften sind vier zu verzeichnen mit einem Kapital von 2 950 000 Mk., Kapitalerhöhungen dagegen nahmen 9 Gesellschaften vor im Gesamtbetrag von 6 075 000 Mk., das umgekehrte Bild bietet sich nur bei den Ges. m. b. H. hier betragen die Neugründungen 91 mit einem Kapital von 10 480 000 Mk., während nur 33 Kapitalerhöhungen mit 2 314 000 Mk. zu verzeichnen sind. Bei den Ges. m. b. H. ist besonders zu beachten, daß die Neugründungen oft tatsächlich kein Entstehen neuer Werke bedeuten, sondern eine Umwandlung von Einzelunternehmen in Gesellschaften.

In der Gruppe Bergbau, Hütten und Salinen betrug das gesamte neuinvestierte Kapital 24 758 000 Mk. gegen 9 016 000 Mk. im ersten Quartal 1910 und 70 610 000 im 4. Wir haben also auch hier einen Rückgang zu verzeichnen. 2 Neugründungen von A.-G. beanspruchten hier 1 200 000 Mk., 6 Kapitalerhöhungen dieser 21 525 000 Mk. Neugründungen von G. m. b. H. waren es 29 mit 1 458 000 Mk., Kapitalerhöhungen nahmen 2 Gesellschaften vor um 315 000 Mk.

Bei beiden genannten Gruppen bemerken wir einen starken Rückgang gegen das 4. Quartal 1910. Dieser mag in erster Linie auf die Zeit zurückzuführen sein; immerhin ist er ein gewisses Zeichen des Misstrauens, das eine vermehrte Investierung hindert.

Die Roheisenproduktion läßt allerdings, was die Menge betrifft, einen beruhigenden Schluß nicht recht zu, denn sie nimmt stetig zu. Nach den Mitteilungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenzeugung in Deutschland und Luxemburg im März 1 322 114 To. gegen 1 179 109 To. im Februar. Es wurden produziert Gießereiroheisen 825 962 To. Bessemerroheisen 30 180 To., Thomasroheisen 255 792 To., Stahl- und Spiegeleisen 149 567 To. und Puddelroheisen 50 613 To. Die oberösterreichische Roheisenproduktion allein betrug im März 83 453 To. gegen 75 160 To. im Februar.

Es ist bekannt, daß die Roheisenproduktion fast ganz syndiziert ist; ein großer Teil ist im Eisen- und Stahlverband vereinigt. In diesem waren bisher nicht die luxemburgischen und lothringischen Hochofenwerke sowie die Siegerländer. Es wird nun gemeldet, daß neuerdings wieder Verhandlungen im Gange sind, die einen Beitritt der genannten Gruppen erstreben. Bereits im Jahre 1910 waren mit den Siegerländer Werken diesbezügliche Verhandlungen im Gange, doch sind sie — in erster Linie wegen der Quotenfrage — gescheitert. Die Lage der Siegerländer Hochofenwerke läßt den Beitritt zum Roheisenverband als naheliegend erscheinen. Wie die Köln. Volksztg. zu berichten weiß, besteht auch hinsichtlich der luxemburgischen-Lothringischen Hochofenwerke Vereinigung, dem Verbande beizutreten. Diese dürfte wie bei den Siegerländern nicht unbedeutend beeinflusst werden durch die augenblickliche Lage des Roheisenmarktes; der Markt ist ziemlich ruhig, wenn auch der Versand keine besondere Verarmung erfahren hat, doch hofft man, daß sich in nächster Zeit eine Belebung einstellen werde.

Die nicht ungefährlche Lage des Gußröhrenmarktes hat die beteiligten Werke rasch wieder zusammengeführt. Wie wir schon gemeldet haben, wurde das am 31. März abgelaufene Gußröhrenabk. nicht wieder erneuert. Die Erneuerung scheiterte an der Forderung einer erhöhten Quotenbeteiligung durch die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft, der die übrigen Werke nicht beistimmen wollten. Nunmehr haben sich die sieben größten Gußröhrenwerke Deutschlands doch noch geeinigt. Diese sind: die Salbacher Hütte, die Gelsenkirchener Gesellschaft, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft, die Westfälischen Eisenwerke Krupp, die Hübnerschen Eisenwerke in Wehlart, die Sächsischen Gußstahlfabriken in Döhlen und die Aktiengesellschaft Lauchhammer. Das Syndikat, dessen Sitz Köln ist, wurde zunächst bis 31. März 1914 als Gesellschaft m. b. H. geschlossen. Die Syndizierung erstreckt sich zunächst nur auf Röhren der Gruppe 1, das sind solche mit einer Lichtweite von höchstens 628 Millimetern. Für die anderen soll später eine Einigung versucht werden.

Eine weitere Kräftigung erfährt der Röhrenverband durch Aufnahme der drei noch außenstehenden Werke. Die Lage ist günstig, die Werke sind gut beschäftigt. Durch die Aufnahme der Genannten ist eine Preiserhöhung nicht ausgeschlossen.

Vor einer wichtigen Entscheidung — auch für die deutsche Roheisenproduktion — steht Rußland. Die metallverarbeitenden Fabriken klagen hier schon lange über Mangel der in Gußeisen und Halbzug bestehenden Röhren. Die russische Regierung hat nun beschlossen, durch Aufhebung des Zolls für ein bestimmtes Quantum Roheisen, der Roheisennot abzuhelfen. Nach den Vorschlägen einer Kommission soll die zollfreie Einfuhr von jährlich ca. 160 000 To. auf 3 Jahre gestattet sein. Die Reichsregierung hat darüber noch Beschlüsse zu fassen. An der geplanten Gestaltung der Dinge hat natürlich Deutschland das größte Interesse. Merkwürdig bedeutet die Konkurrenz Englands eine große Gefahr; für übersehliche Ausfuhr kommt namentlich Qualitätsroheisen in Frage — für gewöhnliches Eisen beständen keine großen Ausfichten, schon deshalb, weil die schlesischen Werke für das Inland so stark Aufträge hätten, daß einer Nachfrage vom Auslande nicht genügt werden könnte.

Am 6. April hielt der Verband deutscher Maschinenbauanstalten in Berlin seine Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorsitzenden, Commerzrathes Klein, hob hervor, daß gerade die Maschinenbauanstalten an dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung wenig Anteil gehabt hätten. Die Beschäftigung sei zwar befriedigend gewesen, doch hätten die Preise viel zu wünschen übrig gelassen. Besonders klagte er über die Schutzpolitik fremder Staaten, die unserer Ausfuhr nicht gerade günstig sei. Für einzelne Arten mögen die Klagen berechtigt sein, in ihrer Allgemeinheit sind sie es aber u. E. nicht. Gerade die Maschinenbauanstalten haben im vergangenen Jahr durchweg gut abgezeichnet und die Berichte z. B. über die Lage der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie lauten gerade jetzt außerordentlich günstig, das gleiche gilt von den Werkzeugmaschinen, was auch anerkannt wurde. Recht ungünstig ist die Lage der Waggon- und Lokomotivfabriken. Ungenügende Aufträge bei gedrückten, vielfach verlustbringenden Preisen ist auch jetzt noch die Signatur. Auch die Eisenkonstruktionswerkstätten und Brückenbauanstalten bezeichnen die Lage als durchaus unbefriedigend.

Was die Marktlage der Eisenindustrie betrifft, so ist darüber noch folgendes zu sagen: Roheisen liegt ruhig, die Konjunktur sind bereits mit dem nötigen Bedarf versehen, die Preise sind unverändert fest. Das gleiche gilt für Stabeisen, doch ist hier starke Nachfrage. Die Preise sind nicht weiter gesunken; 105 Mk. pro To. dürfte der Richtpreis sein. Walzdraht ist sehr gefragt, die Beschäftigung in Grob- und Feinblechen ist gut. Die Berichte über die Lage der Kleinindustrie lauten außerordentlich günstig. In allen Zweigen herrscht lebhaft Beschäftigung, hin und wieder wird über ungenügende Preise geklagt.

Die Lage der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie ist nicht mehr so günstig; die Abschlüsse in Eisen bleiben im April hinter denen im März zurück. Der Stahltrakt hat von seinen 119 Hochöfen nur 80 in Betrieb. Die mißliche Lage ist in Amerika vor allem auf die Zurückhaltung der Eisenbahnen zurückzuführen, auch sonst halten die Konjunktur in Erwartung einer Preisminderung zurück. Befriedigende Beschäftigung liegt eigentlich nur in Feinblech und Draht vor.

Vor einiger Zeit berichteten wir an dieser Stelle von dem Abkommen zwischen der Westfälischen Drahtindustrie und der Firma Fr. Krupp. In der Generalversammlung der ersteren, die am 7. April in Düsseldorf stattfand, machte sich hiergegen eine Opposition geltend. Sie glaubte, daß der Vertrag für die Gesellschaft ungünstig sei, daß insbesondere die Rentabilität des Werkes unter diesen Umständen den Erwartungen nicht entsprechen könne. Demgegenüber wurde

betont, daß der Bezug des Halbzugs für die Industrie wegen der hohen Preise immer schwieriger geworden sei und besonders den Export ungünstig beeinflusst habe. Es sei deshalb eine Lebensfrage gewesen, Rohstoff preiswert zu erhalten. Ein eigenes Stahlwerk zu errichten, sei ein großes Risiko, abgesehen davon, daß hierzu ein großes Kapital aufzubringen gewesen wäre. Die drohende Ueberproduktion habe vielmehr den Weg zu einer Interessengemeinschaft mit einem Hütten- und Halbzugwerk gezeigt. Wichtig sei, daß man auf Dividenden vorläufig nicht mehr rechnen könne, daß aber eine gleichmäßige immerhin befriedigende Rente gesichert. Die Mitglieder brachten einen Antrag ein, der verlangte, der Vorstand solle erneut mit Krupp in Verhandlung treten und versuchen, bessere Bedingungen zu erlangen, hier aber bei einem anderen Werk. Der Antrag wurde aber wegen seiner Unsicherheitlosigkeit wieder zurückgezogen — ausdiesem deshalb, weil bei einer Anwesenheit von 24 Aktionären mit einem Aktienkapital von 4 835 600 Mk. allein 3 776 000 Mk. auf die Berliner Handelsgesellschaft entfielen, die somit genügende Majorität hatte, den Antrag durchzuführen.

Eine neue geplante Fusion macht gegenwärtig viel von sich reden. Die niederrheinische Hütte in Duisburg soll mit dem Eisenwerk Kraft in Stettin vereinigt werden. Der Hauptaktionär an beiden Werken ist Fürst Hendel von Donnersmarck. Von der Notwendigkeit einer solchen Fusion ist die Öffentlichkeit noch keineswegs überzeugt — im Gegenteil! Näheres darüber kann man ja noch nicht sagen, da Einzelheiten fehlen — sonderbar muß es aber berühren, daß ein Werk, dessen Aktien auf 220 stehen, mit einem anderen vereinigt werden soll, das eben nur balancierte und die Ansicht der Stat. Bg. ist gewiß nicht ganz unberechtigt, wenn sie meint, die Fusion könne zwar im Interesse des Großaktionärs liegen, ob aber in dem des einzelnen Werkes, insbesondere der Eisenwerke Kraft, sei eine andere Frage. Wie bei der Westfälischen Drahtindustrie der bekannte Beschluß über eine Minderheit des Aktienkapitals gefaßt worden ist, so besteht auch hier die gleiche Gefahr. Auf jeden Fall haben die Einzelaktionäre Grund genug, dem Fusionsplan skeptisch gegenüberzutreten.

Zu den Verhandlungen über den Bergelot im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Verhandlungen über den Bergelot im preussischen Abgeordnetenhaus und die Erklärung der Vertreter der Regierung betreffs der Lohnfrage hat auf den königlichen Saargruben beschäftigten Arbeiter nicht nur große Anzuehnung unter den Bergarbeitern, sondern auch unter den Grubenhandwerkern, Maschinenisten und Heizern hervorgeufen, da das ablehnende Verhalten der Regierung betreffs Verbesserung der Löhne nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch die Grubenhandwerker, Maschinenisten und Heizer trifft. Und doch dürften eine Regulierung und Verbesserung der Löhne dieser Arbeiter voll und ganz ihre Berechtigung haben. Eins muß besonders festgestellt werden, nämlich, daß der christliche Metallarbeiterverband, der ja einzig und allein als Interessenvertretung der Zechenmetallarbeiter auf den königlichen Saargruben in Betracht kommt, alles getan hat, um den Forderungen der Zechenmetallarbeiter der notwendigen Nachdruck zu verleihen. Er hat keine Kosten und Arbeiten nach dieser Richtung hin gespart und wird dies auch in Zukunft nicht tun. Es muß als ein großer Erfolg gebucht werden, daß die junge christliche Metallarbeiterbewegung unter den Zechenmetallarbeitern an der Saar schon nach kaum 1/2 Jahren ihres Bestehens in der Lage war, eine wohl begründete Petition und Denkschrift dem Minister für Handel und Gewerbe, dem Haupte der Abgeordneten und den einzelnen Parlamentsmitgliedern zuzuführen. Auch wurde eingehend in der Öffentlichkeit, sowohl in Versammlungen, wie durch die Tagespresse, auf die Lage und die Forderungen der Zechenmetallarbeiter aufmerksam gemacht. Mehrere Abgeordnete wurden besonders mit speziellem Material, wie Lohnstatistiken u. dergleichen. Wenn das letztere Material nur bei den Kommissionsberatungen und nicht bei den Verhandlungen im Plenum Verwendung finden konnte, so lag die Schuld nicht bei den einzelnen Abgeordneten. Vom rein praktischen Standpunkt aus betrachtet ist ja auch bei dergleichen Fragen der Hauptwert auf die Arbeiten der Kommission zu legen. Mit Genugtuung dürfen wir auch feststellen, daß sämtliche Redner der bürgerlichen Parteien unsere Forderungen unterstützten und sich bei ihren Ausführungen auf die Denkschrift und das Material der christlichen Gewerkschaften in erster Linie berufen haben. Die Sozialverbände, die sich ja erst nachträglich mit einer Eingabe an den Minister wandten, weil ihnen durch die Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes die Felle fortzukümmern drohten, spielten sowohl bei den Sitzberatungen, als auch bei der Besprechung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit absolut keine Rolle. Leider aber wollen die Arbeiter, die diesen Vereinen angehören, nicht einsehen, daß sie einflusslos sind und den vorwärtsstrebenden Kollegen in den christlichen Gewerkschaften und damit den Bestrebungen auf Verbesserung unserer Lage nur hindernd im Wege stehen.

Die ablehnende Erklärung des Ministers gegenüber den Forderungen der Arbeiter der königlichen Saargruben wird

nicht nur unter den Bergarbeitern, sondern auch bei den Grubenhandwerkern, Maschinisten und Geizern die Ueberzeugung befestigt haben, daß eine feste, festgestützte Organisation notwendig ist, um berechtigende Forderungen und Wünsche durchzusetzen. Die Kollegen vor der Kohle haben deshalb die richtigen Schlussfolgerungen gezogen und gehen mit Energie an den Ausbau ihrer Organisation, was die am 25. und 26. März stattgefundenen Hausagitation bewiesen hat, durch die, bunt der persönlichen Opferwilligkeit der Mitglieder des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter 2000 neue Mitglieder gewonnen wurden. Rechenmetallarbeiter an der Saar, macht es nach! Reicht durch erhöhte Opferwilligkeit und Anhänglichkeit, daß ihr es ernst meint mit eurer wirtschaftlichen Interessenvertretung und den in der Petition und Denkschrift niedergelegten Forderungen und Wünschen. Besonders darf nicht eher gerückt und gewankt werden, bis der höchstschichtlohn früher als jetzt erreicht werden kann und der berechtigten Forderung einer Lohnerhöhung, besonders für die jüngeren Kollegen im Alter von 18-26 Jahren, stattgegeben wird. Eine Aufgabe dürfen unsere Rechenmetallarbeiter besonders nicht aus dem Auge lassen, nämlich, daß die Vergabe der Löhne der Arbeiter auf den künftigen Saargruben im großen und ganzen der Lohnlage der Gesamtarbeiterschaft an der Saar immer anpassen wird, d. h., zwischen den Löhnen der Arbeiter in der Privatindustrie an der Saar — und hier kommt vor allem die Metallindustrie in Frage — und den Löhnen der staatlichen Arbeiter, kann der Vergleich nicht ohne wesentlichen Unterschied herbeiführen lassen. Daraus ergibt sich für unsere Rechenmetallarbeiter und alle staatlichen Arbeiter die Lehre, daß sie ein großes Interesse an einer starken christlichen Gewerkschaftsbewegung unter der Metallarbeiterschaft der Privatindustrie hat. Deshalb muß es für alle christlich und national gesinnten Metallarbeiter Grundgesetz sein: „Wir haben gleiche wirtschaftliche Interessen an einer starken und mächtigen Organisation und wollen und müssen daher auch die gleichen Opfer dafür bringen!“ Und nun auf, zu weiterer gemeinsamer Arbeit für unsere gemeinsamen Interessen im christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands!

Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung

Ist dem Reichstag vorgelegt worden und kommt am 2. Mai zur ersten Lesung. Der Entwurf umfaßt 91 Artikel. Er enthält Uebergangsbestimmungen, die infolge der Zusammenlegung der auf die Arbeiterversicherung bezüglichen Gesetze notwendig sind. Wird die Reichsversicherungsordnung Gesetz und sind alle Bestimmungen des Gesetzes zur Ausführung gelangt, so wird das Einführungsgezet später hinfällig. Eine Reihe von Gesetzen sind zur Reichsversicherungsordnung einschlägig, bzw. müssen durch ihre Einführung beachtet, zum Teil geändert werden. Es sind hier zu nennen: Die Gewerbeordnung, das Bürgerliche Gesetzbuch, die Zivilprozessordnung, das Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Die Größe und Schwierigkeit der Versicherungsangelegenheit geht auch aus dieser Aufzählung hervor, und würde einleuchten, auch wenn man nicht wüßte, daß die Versicherungsordnung selbst 1800 Paragraphen ausweist.

In der Begründung zum Entwurfe eines Einführungsgezetes wird dargelegt, daß die Änderungen in der Organisation wie im Verfahren, sowie die Erweiterungen der Sozialversicherung nicht auf einmal durchgeführt werden könnten. Die Witwen- und Waisenversicherung sollte möglichst schnell in Kraft gesetzt werden. Im Zolltarifgesetz war die Einführung dieser Versicherungsart für 1. Januar 1910 in Aussicht genommen. Es mußte dieser Termin jedoch bis 1. Januar 1912 hinausgeschoben werden, da die nötigen Vorbereitungen bis dahin nicht getroffen werden können.

Nach den Vorschlägen im Entwurfe zum Einführungsgezet sollen aus der Reichsversicherungsordnung zunächst die Änderungen im Aufbau der Sozialversicherung vorgenommen und die neuen Versicherungsbestimmungen ausgearbeitet oder eingerichtet werden. Sodann soll die Ausdehnung der Krankenversicherung und die Änderung des Verfahrens durchgeführt werden. Bis dahin wird nach den alten Gesetzen verfahren und die nach ihnen erworbenen Ansprüche oder Antwortschaften bleiben erhalten. Ausgeschlossen jedoch wird, daß Fristen mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung von neuem zu laufen beginnen.

Im einzelnen ist darauf zu verweisen, daß nach Inkrafttreten des Gesetzes jede Orts-, Betriebs- und Zunftkassette um ihre weitere Zulassung nachsuchen muß. Diese Forderung wird gestellt, um prüfen zu können, ob die Kassen auch den Bestimmungen der neuen Versicherungsordnung entsprechen. Leistungen, Verwaltung u. der Kassen kommen hier in Frage. Die nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes zugelassenen Hilfskassen und die ihnen erteilte Bescheinigung werden nach etwa einem Jahre ungültig. Einem Antrag auf weitere Zulassung als Ortskasse wird nur dann stattgegeben, wenn die eingeschriebene Hilfskasse ihn sechs Monate vor dem Ungültigwerden der Bescheinigung stellt.

Das Verhältnis der Kassen zu ihren Angehörigen wird durch fünf Artikel geregelt. Danach wird diese Regelung in der Hauptsache den Kassen überlassen. Das Oberversicherungsamt hat zu bestimmen, wie u. bis wann die Dienstordnung den sämtlichen Angestellten der Kasse bekannt gemacht werden muß. Der Dienstordnung sollen alle, auch die bei Erlaß derselben vorhandenen Beamten unterliegen; jedoch jene Beamten nicht, die den Dienstvertrag bis zum Inkrafttreten der Dienstordnung kündigen.

Ein sehr einschneidende Bestimmung enthält Artikel 31; dieser lautet: „Lebertragen die Bezüge eines Angestellten die Höhe, die der Besoldungsplan der Dienstordnung für gleiche oder ähnliche Stellen festsetzt, so sind sie ihm, vorbehaltlich des Rechts des Kassenvorstandes zu einem früheren Zeitpunkt zu kündigen, in der vertragsmäßigen Höhe noch bis Ablauf von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Dienstordnung fortzuführen.“

Das Versicherungsamt kann jedoch in bestimmten Fällen Ausnahmen gestatten. Noch wichtiger ist Artikel 32: „Das Oberversicherungsamt kann binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Dienstordnung auf Antrag des Kassenvorstandes oder des Versicherungsamtes anordnen, daß einem Angestellten, dessen Fähigkeiten für die ihm übertragenen Stelle nicht ausreichen, im Dienst der Kasse eine andere Stelle zugewiesen wird, die seinen Fähigkeiten entspricht.“

Es wird dann weiter bestimmt, daß wenn der betreffende Beamte sich nicht fügt, er binnen Monatsfrist auszuscheiden hat. Doch werden über höchstens sechs Monatsbezüge geführt.

Diese Bestimmung hat offenbar den Zweck, die Forderungen sozialdemokratischer Klassenmachhaber unter Umständen in entsprechende Schranken zu weisen und das sozialdemokratische System der Verwaltung nicht wackelnde Genossen und Mitarbeiter von den Beamtenstellen zu unterbinden. Es wird aber für Sorge getroffen werden müssen, daß nicht auf jede Delegation hin ein Beamter, „dessen Fähigkeiten nicht ausreichen“, in den Maschen dieser Gesetzesbestimmung gehängt wird.

Die Artikel 35 und folgende handeln von der Unfallversicherung und der Übung von Berufsvereinigungen. Bei neu eingerichteten Berufsvereinigungen läuft die erste Wahlzeit der Vertreter der Versicherten an demselben Tage ab, an welchem die Wahlzeit bei den schon bestehenden Berufsvereinigungen abläuft.

Wie bei Einführung der Invalidenversicherung für die Versicherten durch Anrechnung eines Teiles ihrer vorherigen Arbeitszeit eine Vergünstigung gewährt wurde, so wird auch jetzt den neu der Versicherungspflicht unterworfenen Personen eine Vergünstigung zugedacht. In Artikel 54 wird bestimmt, „Versicherte, die innerhalb der ersten fünf Jahre invalide werden, nachdem die Versicherungspflicht für ihren Berufszweig in Kraft getreten ist, wird auf die Wartezeit angerechnet 1. die Dauer einer Beschäftigung für die vorher schon eine versicherungspflichtige Beschäftigung bestand und sofern Beiträge entrichtet worden sind, 2. die Dauer derjenigen Beschäftigung, für welche die Versicherungspflicht jetzt eingeleitet wird, jedoch höchstens fünf Jahre der Zeit, die vor Eintritt der Invalidität fällt. Die Anrechnung dieser Zeiten geschieht jedoch nur, wenn nach Inkrafttreten der Versicherungspflicht der Versicherte mindestens 40 Beitragswochen (40 Beitragsmarken) nachweisen kann. Solche, die beim Inkrafttreten der Versicherung das 40. Lebensjahr vollendet haben, wird auf die Wartezeit für die Altersrente je 40 Wochen für jedes überschüssige Jahr angerechnet.“

Nachdem diese Bestimmungen des Entwurfes genehmigt sein werden, soll eine nähere Erklärung dieser Vorschriften auch an dieser Stelle gegeben werden, damit kein Versicherte zu Schaden kommt. Den Sekretären der Sozialversicherung und der Arbeiterpresse erwachen dann auf diesem Gebiete schwere aber auch dankbare Aufgaben, die sie aber im Interesse der Versicherten voll erfüllen werden. S. P.

Ein Volksgericht.

Was die Berliner sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband hält, kam am Mittwoch, den 12. April in einer von mehr als 1000 Personen besuchten Versammlung spontan zum Ausdruck. Die Hilfsarbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Voltastraße, welche teils auch im soziald. Metallarbeiterverband organisiert sind, haben 40 bis 58 Pfg. Stundenlohn. Es wird nun in der Hauptfrage verlangt, daß allen Arbeitern ein Lohnzuschlag von stündlich 2 Pfg. gewährt werden soll. Als die Firma nicht weit genug entgegen kam, legten mehr wie tausend Arbeiter am 5. April die Arbeit nieder. Die streikenden Hilfsarbeiter hatten den Worten der Metallarbeiterverbandsführer geglaubt. Der Bezirksleiter Johannsen hatte erklärt: „Sollte die Firma sich ablehnend verhalten, dann sind wir im Metallarbeiterverband auch noch da!“ Aber was ist schließlich noch von Erklärungen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu halten? Wie hat er nicht 1905 den Solinger Stahlwarenarbeitern Solidaritätskundgebungen gemacht — und wie elend hat er die Leidträglungen nachher, als es zum Kampf kam, verraten! Wie jämählich hat er noch erst kürzlich die Gilenburger Arbeiter hintergangen! In gleicher Weise machte er es mit den Arbeitern der A. E. G. in Berlin. Da die sozialdemokratische Parteipresse nach dem Grundsatze „Macht ist Recht“ im Interesse des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes über die unsozialistische Behandlung des schwächeren sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes schweigt — und unser Verband an dieser Bewegung auch interessiert ist, wollen wir den Schleier einmal lüften.

Die Versammlung am 12. April hatte Stellung zu nehmen zu einem seitens der Firma gemachten Angebot. Dieses wollte 42 Pfg. Stundenlohn generell als Einstellungslohn bewilligen. Die Arbeiter, die vor der Arbeitsniederlegung bis 58 Pfg. Stundenlohn hatten, sollten nach dem 1. Mai periodisch in der Weise Zulage erhalten, daß nach Ablauf eines Vierteljahres der Stundenlohn, welcher vor dem Streik bezahlt worden war, wieder erreicht sei. Eingestellt sollten sofort wieder 3- bis 400 werden, die andern nach Bedarf. Wenn die Firma ein solches Angebot, was eine Lohnreduzierung bis zu 16 Pfg. für den einzelnen pro Stunde bedeutete, machen dürfte, so lag das daran, daß hauptsächlich der deutsche Metallarbeiterverband und ferner ein Teil Arbeitswilliger die Heranzreiber spielten. Der Bezirksleiter Johannsen hatte, zur Rede gestellt über den Streikbruch, in einer Vertrauensmännerversammlung erklärt: „Wenn die höher gelohnten Metallarbeiterverbandsmitglieder des Betriebes einige Arbeiter der niedrig gelohnten streikenden Hilfsarbeiter verrichteten, so könne dies nicht als Streikarbeit angesehen werden.“ Ferner erklärte er: „Wenn man das, was Streikarbeit ist, genau definieren will, dann kommen wir aus dem Dilemma gar nicht heraus. Die Arbeiter, die also im Metallarbeiterverband den Lotengräber ihrer Bewegung sehen mußten, waren begreiflicherweise äußerst empört über diesen. Die Erbitterung war noch gesteigert worden dadurch, daß der Metallarbeiterverband am 11. April seine Mitglieder des Betriebes zu Versammlungen, wobei wie immer strenge Zutrittkontrolle geübt wurde, eingeladen hatte, und nun den Hilfsarbeitern trotz Geschäftsordnungsantrag das Wort hartnäckig zu verweigern suchte. Der erste Bevollmächtigte Adolf Cohen ließ endlich, als der Unwille zu groß wurde, einen Hilfsarbeiter sprechen, im übrigen bewachte er das Schloßlein ja, daß die Hilfsarbeiter die Leidtragenden der Bewegung sind.“

In der Versammlung der Streikenden am 12. April, die unter Leitung des Hauptvorstandsmitgliedes Werner vom Transportarbeiterverband tagte, waren die Arbeiter gerade dabei, das Verhalten Cohens und des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei dieser Bewegung zu geißeln. Das vom Vorsitzenden der Berliner Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Herrn Wolf Cohen, beliebte Vorgehen unterseide sich durch nichts von dem eines östpreussischen Junkers. „Genosse“ Hoffmann wurde vom Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses besser behandelt, als wie Cohen die Hilfsarbeiter in der Versammlung behandelt habe. In diesem Moment tritt Cohen den Saal. Ein Ruf: „Cohen ist an der Tür!“ läßt einen fürchterlichen Tumult aus. Rufe, wie: „Lump“, „Streikbrecher“, schmeißt ihn heraus“, durchdrangen den Saal. Der Vorsitzende Werner bietet alles auf, um den Sturm zu beschwören: „Kollegen-

er ist doch auch Genosse und Organisationsmitglied, ihr müßt ihn anständig behandeln.“ Die Arbeiter Kludstein und Vertaam machen Cohen und Johannsen den Vorwurf unwahrer Vertiklerhaltung und Schiebungen. Wieder ertönen Rufe: „Schmeißt den Kerl hinaus“, „werft ihn von der Bühne herunter“. Cohen kate inzwischen die Bühne betreten. Da er auch ausgepöbte wurde, bemerkte der Vorsitzende rügend: „Es scheint, als hätten wir hier eine hinterpommersche Hantamelherde und nicht eine Berliner Arbeiterversammlung vor uns.“

Der Vorsitzende teilt dann mit, daß Cohen das Wort habe. Ein Hüllenspektel entfährt. Titulationen wie „Streikbrecher“, „Schuft“, „Lump“, „herunter mit dem Kerl“ fliegen hin und her. Cohen muß abtreten. Der Vorsitzende läßt abstimmen, ob die Versammlung Cohen anhören will. Dies wird abgelehnt. Cohen erhält dann das Wort zu einer Erklärung. Nach laugem Hin- und Hertoben gelingt es Cohen, zum Ausbruch zu bringen, daß er das Verhalten des Metallarbeiterverbandes rechtfertigen wolle. Da er aber erst an 16. Stelle in der Rednerliste stehe, könne er nicht so lange warten.

Nach einem weiteren Geschäftsordnungsantrag soll Cohen als zweiter Redner sprechen. Der Diskussionsredner, der vor Cohen spricht, signalisiert folgendermaßen: „Kollegen, paßt auf auf das, was Cohen sagen wird, noch mehr aber paßt auf auf das, was er nicht sagt! Cohen ist Jude und ein ganz geistloser Geschäftsmann. Wegen seiner Treibererei wollen ihr keine eigenen Kollegen das Fell ausklappen.“ Cohen führt aus: „Nur wer den Mut hat, gegen eine so ansehnliche Masse wie diese Versammlung aufzutreten, hat die Eigenschaften, die ihr als Gewerkschaftsführer geeignet erscheinen lassen. Einen Sympathietreiß für die Hilfsarbeiter macht der Metallarbeiterverband nicht. Eine eventuelle Aussperrung indes auf uns zu nehmen, dazu sind wir bereit. Wenn die Hilfsarbeiterfrage gewonnen werden soll, dann haltet die Streikbrecher aus dem Betriebe.“ Wiederum entfährt ein fürchterlicher Tumult. Es redet Heule. Er führt aus: „Der Generalkonferenzleiter Cohen, der uns nicht zu Worte kommen läßt, hat gepöbelt. Er war in der gestrigen Versammlung ängstlich bemüht, daß unter keinen Umständen ein solches Wort gegen Direktor Elfers fiel. (Rufe: „Der ist auch ein Jude und Glaubensgenosse von diesem Wagnmeister!“) Bebel sagte in Magdeburg: „Seht euren Führern auf die Finger!“ Dazu haben wir alle Ursache. Im Metallarbeiterverband stehen nicht die richtigen Leute an der Spitze. (Rufe: „Dag! Ste zum Teufel!“) Sonst soll man mit Streikbrechern nicht zusammen arbeiten. Hier ist das anders! Cohen zwingt seine Mitglieder, die uns gern beistehen möchten, zum Streikbruch! (Ruf: „Teufel Lump!“) Der Metallarbeiterverband ist zwar groß, aber eine Kampforganisation ist er nicht. Haben wir es nicht bei allen Bewegungen gesehen, daß dessen Führer sie niederbremsen! Der Metallarbeiterverband ist lediglich eine Unterstützungsvereinigung. (Rufe: „Victoria-Versicherungsgesellschaft!“)

Schneider führt aus: „Der Metallarbeiterverband will unsere Organisation zerkümmern. Er ist nicht wertig, in Zukunft als Organisation angesprochen zu werden.“ — Franke, Beamter des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes: „Obwohl Cohen erklärt hat, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes angezogen seien, keine Streikarbeit zu leisten, und die paar Streikbrecher unmöglich die nötige Arbeit leisten können, stehen wir vor der Tatsache, daß der Betrieb weiter geht.“ Er rät zur Aufnahme der Arbeit. (Rufe: „Scheiß Kerl“, „Handlanger der Direktion“, „Schieber!“).

Timm-bemerk: „Cohen, der vorhin so wenig Zeit hatte, treibt sich noch hier herum; er hat uns wieder belogen! (Rufe: „Schmeißt doch den Juden heraus!“) Mich wundern's, daß man's nach alledem, was hier schon probiert worden ist, nicht auch noch mit Telegrammen, wie in Mannheim, versucht hat.“ — Es folgt endlich die Abstimmung. Mit 976 gegen 52 Stimmen wird die Weiterführung des Streiks beschlossen.

Wir haben im Vorstehenden versucht, ein objektives Bild von dieser Versammlung, die der „Vorwärts“ in Nr. 88 vom 13. April als „zeitweise sehr erregt“ mit ein paar Stellen abtut, zu geben. Sehr interessant war es uns, die langen Vorträge der Berliner Metallarbeiterverbandsgrößen während dieser Verhandlung beobachten zu können. Das waren dieselben Herren, die, wenn es gegen die Christlichen geht, vor nichts zurückschrecken, um die Leidenschaften der Masse aufzustacheln und zu Handgreiflichkeiten zu provozieren. Güte sich in dieser Versammlung die Leitung nicht so sehr ins Zeug gelegt und für Cohen und Genossen Partei ergriffen, dann wären die Herren, selbst ohne Aufsehung — auf Grund ihrer, die Arbeiterinteressen schädigenden Taten — schwer unter die Näher gekommen. Auch die Berliner Arbeiterschaft fängt langsam an, die Worte und Taten ihrer Pappenhelmer zu durchschauen. Und dann kommt das dicke Ende nach. Das vorstehend Geschilderte ist auch der Anfang vom großen Volksgericht!

Aus der Arbeiterbewegung.

Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften.

Das Verhältnis zwischen dem Verband katholischer Gesellenvereine und den christlichen Gewerkschaften ist im allgemeinen stets ein gutes, freundschaftliches gewesen. Daß es heute noch so ist, ja daß sich — durch die Entwicklung beeinflusst — eine immer engere gegenseitige Waffenbrüderschaft herausbildet, zeigt ein Artikel im „Volkingsblatt“ Nr. 12 vom 19. März unter der Ueberschrift: „Interessenge-meinschaft zwischen katholischen Gesellenvereinen und christlichen Gewerkschaften“. Eingangs der trefflichen Ausführungen wird dargelegt, daß der Gesellenverein beim heutigen Stand unserer beispiellosen wirtschaftlichen Entwicklung dem Handwerksgesellen nicht mehr für alle Fälle des Lebens genügen könne. Neben der bedeutungsvollen und segensreichen Tätigkeit der Gesellenvereine sei der Zusammenschluß in beruflichen Organisationen zwecks Einwirkung auf den Arbeitsvertrag zur Notwendigkeit geworden. Daß für die Mitglieder der katholischen Gesellenvereine hier nur die christlichen Gewerkschaften in Betracht kommen, wird in dem Artikel als selbstverständlich hingewiesen. Die Vertretung der Arbeiterinteressen in wirtschaftlichen Fragen sei aber nicht das alleinige Motiv zur Gründung von christlichen Gewerkschaften gewesen. Herr Direktor Dr. Braun (M. V. Labach) habe zutreffend auf dem Kölner christlichen Gewerkschaftskongress ausgeführt, daß „religiös-jüdische Ideale“ den zwingenden Anlaß zur Gründung dieser Organisationen gegeben hätten. Dieser Gesinnung verdanke die Bewegung ihren Namen, von ihr würde sie nach wie vor befeuert. Für den gesunden Kern der Be-

Wegung zeuge der Umstand, daß sich heute schon über 300 000 Mitglieder unter dem Banner der christlichen Gewerkschaftsbewegung gesammelt hätten. — Der Verfasser des Artikels geht näher auf die verschiedenen beiderseitigen Aufgaben ein und bezeichnet als gemeinsame Ziele beider Organisationen die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Handwerksgehilfen für die christliche Weltanschauung und die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung, Schutz der Mitglieder beiderseits vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie sowie Schutz des freien Arbeitsvertrages gegenüber den Monopolforderungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Wenn die christlichen Gewerkschaften allen Stärken zum Trotz an ihren Prinzipien und Grundbissen festhalten, so beweise dies, daß die Mitglieder aus innerer Überzeugung, aus Liebe zu ihren christlichen Idealen den beschwerlichen Weg der Sonderorganisation gehen. Erwarten dürfte man aber auch, daß man im Handwerk bald noch mehr als bisher die christliche Gewerkschaftsbewegung verstehen lernen würde und nicht, wie es noch vielfach geschieht, dieselbe mit der sozialdemokratischen Bewegung in einen Topf wirft.

Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften seien gegenseitig aufeinander angewiesen, sie müßten sich im Interesse der Selbsterhaltung ergänzen, nach Kräften zu fördern suchen. Dann wird die Frage aufgeworfen, was geschähe könne, um die bestehenden Bundesgenossenschaften zum Wohle beider Teile fruchtbar zu betätigen.

„Zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften sind in den letzten Jahren wiederholt zur Gewinnung neuer Mitglieder gemeinsame Aktionen veranstaltet worden, dergestalt, daß die Mitgliederlisten gegenseitig ausgetauscht wurden und beide Organisationen sich bei der Gewinnung der Mitglieder unterstützten. Der Erfolg kann im allgemeinen befriedigen. Sollte nicht auch zwischen den katholischen Gesellenvereinen und den christlichen Gewerkschaften etwas Nützliches in die Wege geleitet werden können? Nutzen werden zweifelsohne beide Teile davon ziehen. Das größte Gewicht müßte dabei auf die Uebermittlung der Adressen der Jünger und Neuaufgenommenen gelegt werden. Erfahrungsgemäß laufen die Jünger in den Großstädten am allerersten Gefahr, ins rote Lager zu geraten. Vielleicht treten die örtlichen Vereinsleitungen und die Ortskarteile der christlichen Gewerkschaften einmal dieser Frage näher.“

In den christlichen Gewerkschaften werden diese Ausführungen ein lautes Echo wecken. Die Ortskarteile und sonstigen Gewerkschaftsfunktionäre müßten sich überall mit den katholischen Gesellenvereinsleitungen ins Benehmen setzen, um die vorstehenden Anregungen zum Besten der Gesamtbewegung praktisch durchzuführen.

Aus dem Unternehmerlager.

Zur Ethik des Betriebslebens

bittelt der Syndikus der Saarbrücker Handelskammer und Generalsekretär der süddeutschen Industriellen, Dr. Tille, in seiner Süddeutschen Wirtschaftszeitung einen Artikel, in dem er sich dagegen wendet, daß der Arbeiter einen bestimmten Lohn zu beanspruchen habe, sowie daß ihm ein gewisser, staatlicher Schutz zustehe, wie ihn unsere soziale Gesetzgebung gewährt. Dr. Tille schreibt u. a.:

„Es gibt in unseren Tagen ganze Scharen von Klassenmoralisten, welche in Anlehnung an Marxsche Ideen behaupten, der Unternehmer sei verpflichtet, den bei ihm gegen Entgelt beschäftigten Handkräften den unter seiner Verantwortung und auf seine Gefahr erzielten Unternehmerertrag ganz oder teilweise zu überantworten, und es gibt eine Richtung der Klassenmoralistischen Steuerpolitik, welche ein ähnliches Ziel auf dem Boden der Ueberlastung des Unternehmensevertrages mit Steuern zu erreichen sucht. Beide wurzeln in dem Weide der Wirtschaftsunfähigkeit auf die Ertragsverfälschung der Wirtschaftsfähigen, aber beide verhängen sich heute in ein moralistisches Mäntelchen.“

Dr. Tille spricht dann von „equalitätsmoralistischem Fanatismus der Unfähigen, welcher den Fähigen ihre Erfolge nicht gönne.“ Er bezeichnet die Anerkennung ethischer Pflichten gegen den „Handarbeiter“ auf Seiten des Unternehmers für ganz selbstverständlich da, wo der letztere letzterem „auf dem Boden des Wirtschaftsfriedens als nützliche Kraft entgegentrete.“ Der „Expreserbande der Klassenkampfgewonnen“ gegenüber lehne der Unternehmer jede Form einer besonderen moralischen Verpflichtung ab. „Dem Klassenkampfbüder Vertragsleistung gegen Vertragsleistung, dem wirtschaftsfriedlichen, treu zum Betrieb haltenden Handarbeiter auch Fremdschicklichkeiten über den ausbedungenen Lohn hinaus und jede mögliche wirtschaftliche, technische und menschliche Förderung.“ Das ist nach Tille unter den heutigen Verhältnissen die „einzige ethische Grundlage für sog. Wohlfahrtseinrichtungen.“

Diese Ausführungen des Wortführers des saararabischen Scharmachterums sind, so bemerkt treffend die Köln. Volksztg., für den Geist des letzteren bezeichnend. Man erblickt in den Gewerkschaften, die bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erstreben, ohne weiteres eine „Expreserbande der Klassenkampfgewonnen“, deshalb duldet man dieselben auch nicht in den Betrieben. Wie haben sich nun aber die saararabischen Großindustriellen den „wirtschaftsfriedlichen, treu zum Betrieb haltenden Handarbeitern“ gegenüber benommen, bemerkt nach Dr. Tille auch freundlich über den ausbedungenen Lohn hinaus und jede mögliche wirtschaftliche, technische und menschliche Förderung“ gebührt? — Als vor noch nicht langer Zeit die Mitglieder der „gelben“ Hüttenvereine, die für ein Linsenmünz, einige Glas Freibier und etliche Schinkenbrötchen, ihr Koalitionsrecht an die Hütten verkauft haben, mit dem Hinweis auf die allgemeine Teuerung bei den „Wirtschaftsfähigen“ an der Saar um eine geringe Lohnaufbesserung einkamen, wurden sie nicht mit schönen Redensarten abgewiseit, sondern recht schroff von den Werkschefs abgewiesen. Die „Ertragsverfälschung der Wirtschaftsfähigen“ an der Saar erlaubt diese „menschliche Förderung“ nicht, obwohl einzelne Werke 20 und mehr Prozente Dividenden unter die Aktionäre verteilten. Wie steht es weiter mit den ethischen „Pflichten“ der saararabischen Unternehmer gegenüber den „nützlichen Handarbeitern“? Mit Dr. Tille sind es gerade die saararabischen „Wirtschaftsfähigen“ gewesen, die sich recht hartnäckig gegen die Ministerialverfügung gewehrt haben, durch die den Hochosenarbeitern größerer Schutz und eine Pause zum Mittagessen gewährt wurden, und häufige Klagen der (auch „wirtschaftsfriedlichen und treu zum Betrieb haltenden“) „Handarbeiter“ beweisen, daß gerade in den Betrieben, auf die Dr. Tille vermöge seiner Stellung Einfluß hat, auch diesen „Handarbeitern“ nicht einmal die elementarste, „technische und menschliche Förderung“ zu teil wird! Dr. Tilles „Ethik des Betriebslebens“ ist nur eine Frage im Munde eines Scharmachers.

Rundschau.

Kriegervereine und Arbeitswillige. Der Krieger- und Landwehrverband Darmen, dem 47 Vereine angehören, will eine deutsch-nationale Klasse gründen für „ausgeperrte arbeitswillige“ Kameraden. Zu diesem Zweck verfaßt er ein Rundschreiben an die angehörenden Vereine und gibt als Begründung für seinen ungewöhnlichen Plan, der mit der Kriegervereinsfrage absolut gar nichts zu tun hat, an, es falle immer schwerer, die vom Militär kommenden Arbeiter für die Kriegervereine zu gewinnen. Diese Kameraden würden auf der Arbeitsstelle von den Sozialisten überredet oder gezwungen, den sozialdemokratischen Gewerkschaften beizutreten, wodurch sie dann für die Kriegervereinsfrage verloren seien. Mancher trete aber der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit bei, um im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung eine Unterstützung zu bekommen. Bessere sollte gehalten werden durch die geplante deutsch-nationale Unterfütterungskasse. Allen Mitgliedern, die im Falle einer Ausperrung zum Weiterarbeiten bereit seien, sollten unterstützt werden. Damit ist der Pöbelbesuch entfällt. Nicht ist der Zweck, die Arbeiter fernzuhalten von der Sozialdemokratie, dafür gibt es andere Mittel, sondern die Neugründung ist eine gelbe arbeitswilligenfiliale. Letzteres geht auch noch hervor aus der Annahme des Kriegerverbandes, daß er Subventionen erhalte von den Fabrikanten und Arbeitgeber. Die erwarteten Subventionen von der Staatsregierung dürften wohl ein frommer Wunsch bleiben; u. E. hat da das Parlament auch noch ein Wort mitzureden. Wollen die Kriegervereine die nötige Werbekraft in Arbeiterpreisen behalten, dann mögen sie ungehämt und uneingeschränkt ihre Mitglieder aus dem Arbeiterstande zum Eintritt in die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung; das ist gleichzeitig auch die wirksamste Bekämpfung der Sozialdemokratie. Mit der gelben Sumpfpflanze lassen sich keine Kulturerfolge erzielen, sondern man schießt allenfalls ein neues Helotennum heran. Damit ist aber ein Mühlrad und Sedan nicht möglich, wohl aber ein neues Genä. Das mögen die Kriegervereine bei ihrer „Sozialpolitik“ beherzigen und sich im nationalen Interesse nicht zu gelben Entmannungsfillalen herabdrücken lassen.

Die technisch-industriellen Beamten sind während der Ostertage in Berlin zusammen gewesen. Sie nahmen u. a. Stellung zur Reichsversicherungsordnung und zum Gesetzentwurf einer Pensionsversicherung der Privatangestellten. Insbesondere wird die ablehnende Haltung der Reichsversicherungscommission bebauert, bezüglich der vom Bund technisch-industrieller Beamten gewünschten Heraufhebung der Gehaltsgrenze bei allen drei Versicherungsarten. Die Reichsversicherungsordnung sei in ihrer jetzigen Fassung für den Bund unannehmbar, weil die Pensionsversicherung durch Sondergesetz und nicht durch den Ausbau der Invalidenversicherung in Rahmen der Reichsversicherungsordnung gelöst werden solle. Mit dem Passus im Arbeitskammergesetzentwurf „Abkühlbarkeit der Arbeitersekretäre“ ist der Bund einverstanden.

Die Bilanzgeheimnistränerie der Metallhütte, A.-G., in Duisburg wird in der Handelspresse lebhaft kommentiert. Diese Gesellschaft hatte in ihrem Jahresbericht pro 1910 keine Gewinn- und Verlustrechnung bekannt gegeben. Ihre Hauptversammlung tagte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Dem Bericht, welchen die Verwaltung von der Hauptversammlung den Pressevertretern übergab, war wiederum eine Gewinn- und Verlustrechnung nicht angefügt. Auf Anfragen bei dem Vorsitzenden Geheimrat Weber, erklärte dieser, daß es nicht angehe, der Presse die Gewinn- und Verlustrechnung mitzuteilen. Dazu bemerkt die Kölnische Zeitung: „Die Gesellschaft scheint hiernach recht seltsame Auffassungen von ihrer Stellung zur Öffentlichkeit zu haben. Ihre Aktien befinden sich zu einem erheblichen Teil im Besitz der Metallurgischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. Die Öffentlichkeit hat also Anspruch darauf, zu erfahren, wie sie abgemittelt hat.“ Zu einer weiteren Mitteilung weist die Kölnische Zeitung darauf hin, die Metallhütte A.-G. habe durch die Nichtveröffentlichung der Bilanz die Vorschriften des Handelsgesetzbuches verlegt. Es wäre zu wünschen, daß der Handelsrichter der Eintragung der letzten Hauptversammlung solange ablehnen würde, als die Verwaltung der Metallhütte A.-G. der ihr gesetzlich obliegenden Pflicht zur Veröffentlichung einer Gewinn- und Verlustrechnung nicht nachgekommen sei. Weiter bemerkt die K. Z.: „Es würde zu ganz außerordentlich bedenklichen Erscheinungen in der Entwicklung unserer Aktiengesellschaften führen wenn das böse Beispiel der Metallhütte A.-G. in Duisburg Nachahmung finden sollte.“

Der ungünstige Abschluß bei Schulz & Knautz will den Aktionären gar nicht gefallen. Nach der Kölnischen Volkszeitung bemerkte ein Aktionär in der letzten Hauptversammlung: „Sein Vertrauen zu der Gesellschaft ist vollständig erschüttert. Im Jahre 1907 habe die Verwaltung im Geschäftsbericht die günstige Lage der Gesellschaft hervorgehoben und besonders auf die niedrigen Buchwerte hingewiesen; in den folgenden Jahren aber habe sich ein großer Umschwung in den Ansichten der Verwaltung bekundet. Der Bericht habe damals jedenfalls bestanden so günstige Mitteilungen gebracht, um den der Verwaltung nahestehenden Kreisen Gelegenheit zu geben, ihren Aktienbesitz vorteilhaft abzustoßen. Auch warf der Aktionär die Frage auf, ob eine Liquidation nicht vorzuziehen gewesen wäre. Dem widersprach der Vorsitzende in allen Punkten. Eine Erklärung auf die Unterstellung, daß die Ausichten in früheren Jahren lediglich deshalb günstig geschildert worden seien, um der Verwaltung Gelegenheit zu vorteilhaftem Abschluß ihres Besitzes zu geben, erübrige sich vollständig; aber auch ein Widerspruch zwischen den früheren Ausführungen der Verwaltung und denen der letzten Zeit bestreite nicht. In früheren Jahren habe das Hauptverdienst der Gesellschaft in der sogenannten „Weiterverarbeitung“ bestanden. Die Gesellschaft sei, wie noch im letzten Geschäftsbericht hervorgehoben, auf diesem Gebiet auch vollständig auf der Höhe; dann hätten aber neue Artikel aufgenommen werden müssen. Naturgemäß habe die Verwaltung erst, als sich die Ungünstigkeit ihres Abschlußwertes herausstellte, darauf im Geschäftsbericht hingewiesen können. Man sei der Marktlage eben nicht mehr gewachsen gewesen. Inzwischen sei zu berücksichtigen, daß auch andere Firmen, welche gleiche Erzeugnisse herstellten, ebensogünstig abschritten. Die vom Vorstand angelegte Liquidation habe jederzeit gar nicht durchgeführt werden können, weil der größte Teil der Aktien noch im Besitz der Gründer sei und diese Aktionäre sich der Liquidation widersetzt hätten. Jedemfalls werde die Gesellschaft jetzt ein technisch durchaus der Höhe stehendes Werk bekommen.“

Der Schmerz der Aktionäre ist ja zu verstehen, wenn man bedenkt, daß die im Jahre 1889 gegründete Gesellschaft von ihrer Gründung bis zum Jahre 1907 insgesamt 184% oder durchschnittlich rund 10% Dividenden verteilte; in den letzten drei Jahren aber zusammen nur 1% Dividende ausgeschüttet wurde.

Die Emailleindustrie brachte im Jahre 1910 gute Resultate: An Dividenden gelangten zur Verteilung: Eisenhüttenwerk Thale 12%, Silesia 6%, Gebr. Brückner, A.-G. 10% und Ver. Eisenhüttenwerke 10%. Nach dem Geschäftsbericht der Silesia hatte der „Verband europäischer Emaillewerke“ in der Regelung des Wettbewerbes und des Absatzes weitere Erfolge zu verzeichnen. Für das internationale Absatzgebiet sei sowohl eine Preiserhöhung als auch eine Steigerung der Verkaufsziffer möglich gewesen. Für den heimischen Absatz sei unter den Werken eine Verständigung erzielt worden, sodaß eine Preiserhöhung von 7 1/2% stattfinden konnte.

1200 Mark — in Worten zwölfhundert Mark — bewilligte die Kreisversammlung der Bezirksstelle Solingen des sogenannten deutschen Metallarbeiterverbandes der — sozialdemokratischen Partei — zu den Kosten der Reichstagswahlen. Hierfür sollen die Solinger Genossen 1000 Mk. Mark haben, und die für Kreisratskandidat Renschel-Deunep-Mettmann 200 Mark. Trotz dieses erneuten Beweises, daß der deutsche Metallarbeiterverband sozialdemokratisch ist, wird das Märchen von der Neutralität mit der unschuldigen Miene von der Welt weiter kolportieren. (S. Karl Spiegel in Warstein.)

Die sozialdemokratische Dortmund- und Arbeiterzeitung kann es sich nicht versagen, an der Abrechnung unserer Dortmund-Ortsgruppe heranzumähen. Die Mitgliederzahl erscheint ihr zu hoch. „Hätten die Christen“, so ruft sie pharisäisch aus, „der Berechnung der Mitgliederzahlen aus 48 Wochenbeiträge zu Grunde gelegt, wie es im Deutschen Metallarbeiterverband geschieht, dann wäre die Mitgliederzahl entschieden niedriger.“ Man sollte meinen, ein Blatt, das solche Pharisäertöne von sich gibt, sei seiner Sache gewiß. Weil wir aber die Methode des Dortmund-Ortsgruppenpapiers kennen, wurden wir darauf aufmerksam, daß tatsächlich im roten Lager wieder etwas nicht stimmen würde. Wir griffen deshalb auf Geratewohl zu und sahen uns in der diesjährigen Abrechnung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes einmal die Angaben aus dem Verbreitungsgebiet der Dortmund-Ortsgruppe etwas genauer an. Und siehe da! wir machten folgende interessanten Feststellungen: An Mitgliedern geben an für den 31. 12. 1910: Dortmund 1967, Hamm 882, Münster 120. Das sind nach Schürmanns Medenbuch 2469; diese müßten also 48 x 2469 gleich 118 512 Wochenbeiträge gestellt haben, wenn die Behauptung der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung zuträfe. Es ist aber nicht wahr; die Dortmund-Ortsgruppe hat geschwindelt. Nach der genannten Abrechnung sind gestellt worden in Dortmund Wochenbeiträge: 78 699, dividiert man diese Zahl durch 48 so kommen 1640 Mitglieder heraus; für Hamm ergäbe die Rechnung Wochenbeiträge: 13 808 : 48 = 288 Mitglieder und für Münster, Wochenbeiträge: 4018 : 48 = 83 Mitglieder. Hinzu geschwindelt sind also, da der nach der Arbeiterzeitung angegebene Berechnungsmodus von den drei roten Blättern nicht innegehalten worden ist, in Dortmund 327 oder etwa 17%; in Hamm 94 oder rund 25%; in Münster 37 oder 33%. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat im Verbreitungsgebiet der Dortmund-Ortsgruppe also, wenn als Berechnungszahl 48 Wochenbeiträge zu Grunde gelegt werden, wie sie angibt, nicht 2469 Mitglieder, sondern nur 2011, es sind also 458 hinzugeschwindelt. — Und die Moral von der Geschichte? Wenn die Dortmund-Ortsgruppe mit Steinen wirft, prasseln ihr die Scherben um den Kopf — denn sie sitzt im Glashaus. Da sie aber anscheinend so genau über das Finanzgebahren des Deutschen Metallarbeiterverbandes unterrichtet ist, kann sie uns gewiß eine Frage beantworten. In der diesjährigen Abrechnung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist unter „Sonstige Ausgaben“ zu Lasten der Hauptkasse bei der Verwaltungsstelle Pforzheim ein Betrag von 85 912,44 Mk. gebucht. Woraus setzt sich der Betrag zusammen, Arbeiterzeitung? Als Rücktritt des Capitals müßtest du doch ein schmeckerndes „videant consules“ in die Lande tropfen. Oder handelt es sich um ein notleidendes Parteiunternehmen, wo mal beide Augen zugebrückt werden?

Genosse Jäder in Düsseldorf unterstellte bekanntlich in einem Flugblatt den christlichen Gewerkschaften, ihre leitenden Personen seien alle nur Zentrumskleute. Ist diese Behauptung zwar Unsinn, so liegt doch Methode darin. Auf diese Weise denkt man die Angehörigen anderer Parteien vor den christlichen Gewerkschaften gaulich zu machen, um sie um so sicherer dem roten Meer einzuworfen. Dem Genossen Jäder und allen anderen, die nach demselben Rezept kreben, sei ins Stammbuch geschrieben, daß in den christlichen Gewerkschaften Angehörige aller bürgerlichen Parteien ihre wirtschaftliche Interessensvertretung finden und als gleichberechtigte Mitglieder auch in alle Stellungen einzürden können. Bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist dies nicht der Fall. Als Mitglieder möchte man alle haben, Beamte können aber nur parteiamtlich gestempelte Sozialdemokraten werden. Kein geringerer als der Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, das ist der Verband, dessen Angehörter Herr Jäder ist, erklärte auf der 5. öffentlichen Generalversammlung in Nürnberg unter Zustimmung der Delegierten (Protokoll S. 173):

„Ich will dann betreffs der Neutralität der Gewerkschaften nur bemerken, daß der Vorstand auf dem Standpunkt steht, daß die moderne Gewerkschaft ihre politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei findet. (Zustimmung.) Wir sind neutral insofern, als wir von keinem Mitglied die Befreiung eines politischen Glaubensbekenntnisses verlangen, wir nehmen sowohl Konfessionen, als auch Zentrumsleute und Nationalsoziale auf, ganz ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit. Aber soweit können wir die Neutralität unter keinen Umständen gehen lassen, daß wir Leute, die uns durch ihre ganzen Anschauungen und ihre bisherige Tätigkeit bekannt gemacht haben, weiter in unserer Organisation anvertrauen, (sehr wichtig!) wir können nicht den Boden zum Gärtner machen.“

Also Herr Genosse Jäder, ihre nichtsnutzige Unterstellung trifft in vollem Umfang auf ihren eigenen sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zu. Da haben die Nichtsozialdemokraten wohl das Recht zu zahlen, sonst aber „mit to liegen“.

Die Maifeier abgebrochen hat der sozialdemokratische Buchdruckerhilfsarbeiterverband, d. h. dessen Vorstand. Er veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt, daß ohne Einwilligung der Arbeitgeber mit Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge, die Feier des 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe beanstanden werden dürfe. Auch hätten die Mitglieder es nicht nötig, den am 1. Mai verdienten Arbeitslohn anzulassen. Dadurch ist der Maifeierwein für die Buchdruckerhilfsarbeiter stark verunreinigt worden: kein Wunder also, daß die radikale Leipz. Volkszeitung die Tarifverträge „zum Teufel“ wünscht.

In Frankreich haben die Sozialdemokraten nichts wie Pech. In Nantes streiken 200 in den Steinbrüchen des sozialistischen radikalsten Abgeordneten Beschäftigte Personen. Die Streikenden zogen mit Weib und Kind vor das Direktionsgebäude, plünderten dieses und richteten an den Maschinen großen Schaden an. Zur Wiederherstellung der Mäshine soll Militär entsandt werden. — Um den „Schaden“ zu reparieren, den kürzlich der Gewerkschaftsführer Patand der Loge durch seine Angriffe zugefügt, veranstaltete ein gewisser Sebastian Faure eine Versammlung, zu der auch Patand erschien. Faure verteidigte die Loge, aber es zeigte sich, daß der größte Teil der Versammlung feindselig gesinnt war. Zuletzt ergriß Patand das Wort und rief aus: Man hat uns überzeugen wollen und hat uns nicht überzeugt. Mehr als je lautet mein Ruf: Nieder mit der Freimaurerei, nieder mit Rotzschind! — Armer Faure! wie wir's der Humanität ergehen, wenn Rotzschind's „Arsten“ die ungestaltete Stätte verlassen und von daumen zlehen.

... dann sind wir vom Metallarbeiterverband auch noch da! So bekräftigte ein Berliner Hauptling des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes vor kurzem seine und seines Verbandes Solidarität für den Fall, daß die im sozialdemokratischen Transportarbeiterverband organisierten Hilfsarbeiter der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft mit ihren Lohnforderungen auf Widerstand stoßen sollten. Die Hilfsarbeiter traten am 5. April zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen in den Ausstand, in dem festen Vertrauen auf die Solidarität des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Aber — gewiß, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband war „auch noch da!“ — und zimmerte als „lassenbewußter Arbeitswilliger“ mit den „indifferenten“ und „berufsmäßigen“ Arbeitswilligen zusammen den Galgen zu, an dem die „glaubensstarken“ Hilfsarbeiter nun baumelnd ihre Vertrauensseligkeit büßen müssen. Die bekannte „Solidarität“ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zwang sie, am 18. April den Streik aufzuheben. Die Firma aber weigert sich nun, die am Kampfe beteiligten Hilfsarbeiter wieder einzustellen. — Diese Bedauernswerten haben also jetzt Zeit und Muße darüber nachzudenken, was von Versprechungen sozialdemokratischer Metallarbeiterverbandsführer zu halten ist.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zum Streik auf der Schiffswerft Schichau in Danzig.

In der Lohnbewegung der Werftarbeiter der Firma Schichau in Danzig ist insofern eine Umänderung eingetreten, als die Zahl der Ausständigen von 773 am 10. April auf über 900 am 28. April gestiegen ist. Wie in der vorigen Nummer bereits mitgeteilt wurde, sind nur die im Schiffbau beschäftigten gewerkschaftlichen Arbeiter in den Ausstand getreten. Alle anderweitig Beschäftigten sollten im Einverständnis der Organisationen bis auf weiteres im Betriebe verbleiben. In vergangener Woche wurden nun täglich von den noch in Arbeit stehenden Organisierten welche aufgeführt, Streikarbeit zu verrichten. Bis heute wurde dies jedoch ausnahmslos abgelehnt, und zwar auf Grund der Beschlüsse, betr. Streikarbeit u., welche in den gemeinsamen Gewerkschaftsversammlungen einstimmig gefaßt wurden. Wer die Verrichtung von Streikarbeit ablehnte, wurde entlassen. In der Haltung der gesamten organisierten bei Schichau beschäftigten Arbeiterchaft hat sich dadurch nichts geändert.

Die in dieser Angelegenheit maßgebenden Stellen dürften durch den bisherigen Verlauf der Bewegung belehrt, eingesehen haben, wie bitter ernst es den Arbeitern von Anfang an mit ihrem Vorgehen war und ist. Die Arbeiter haben diesen Kampf nicht gewollt. Im Gegenteil; sie wollten friedliche Verständigung und sie haben bei ihrem Vorgehen die hierzu geeigneten Mittel und Wege nicht außer acht gelassen. Die Vertretung der Firma lehnte dagegen jede Verhandlung auch mit den bei ihr beschäftigten Arbeitern ab und machte durch ihr Verhalten eine Erleichterung der Angelegenheit auf friedlichen Wege unmöglich. Die Art und Weise, wie die Ablehnung erfolgte, ist von unserem Standpunkt aus betrachtet unter allen Umständen verwerflich. Aber auch vom Standpunkte des Werksbetriebers und der verantwortlichen Vertreter war dieses Vorgehen höchst unklug und in höchstem Maße geschäftsschädigend. Ob man heute noch einmal so handeln würde, dürfte zu bezweifeln sein.

Seit Schreiben vom 6. April hat die Firma die Verhandlungen abgelehnt,

„weil die Behauptung, daß Sie im Auftrage der Arbeiter der Firma Schichau gehandelt haben, auf Grund der Rücksprache mit einer Anzahl anderer Arbeiter meiner Werk auf Unwahrheit beruht.“

So am 6. April. Zwischen hat die Firma einen andern Grund für die Ablehnung der Verhandlungen angegeben. Die „Ebzinger Nachrichten“, das Organ der Firma Schichau, welches noch am 8. April erklärte, daß von einer Lohnbewegung bei Schichau nicht die Rede sein könne, bringt in der Freitagnummer vom 14. April eine längere Auslassung, in der der Ausstand als Tatsache vorausgesetzt wird. Es heißt darin u. a.:

„Zunächst ist zu bemerken, daß die Forderungen, welche die Streikleitung am 6. April der Firma übermittelte, nicht beachtet gehalten waren, daß die Arbeiter sich auf Verhandlungen nicht einlassen konnten.“

Durch diese Erklärung wird versucht, es so darzustellen, als hätten die Arbeiter unerfüllbare Forderungen gestellt und hätte die Streikleitung dieselben übermittelte. Die Streikleitung ist erst gebildet worden, als die Verhandlung über die eingereichten Forderungen abgelehnt und die Arbeiter in den Ausstand getreten waren. Übermittelt wurden dieselben von den organisierten Vorstandsmitgliedern der Betriebskrankenkasse, und zwar im Auftrage der organisierten Arbeiterchaft. Die Rentabilität und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Firma ist bekannt. Demgegenüber müssen die gestellten Forderungen als durchaus überhöht bezeichnet werden. Gründe für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens sind sie auf keinen Fall. Selbst wenn man die gegenüber den an der Arbeit

gelegenen Werften höheren Transportkosten zur Beschaffung von Rohmaterialien in Rechnung stellt, bleiben bei Bewilligung sämtlicher eingereichten Forderungen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei Schichau noch um ein Bedeutendes hinter denen der westlichen Werften zurück. Um jeder Forderung von vornherein nach Möglichkeit vorzubeugen, seien die gestellten Forderungen auch an dieser Stelle veröffentlicht.

Forderungen:

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden; Sonnabends 8 1/2 Stunden.
2. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist 2 Stunden früher Feierabend.
3. Es werden Mindest- und Einstellungslohne für die einzelnen Branchen, für alle über 20 Jahre alten Arbeiter eingeführt, dieselben betragen pro Stunde für: Schiffbauer 33 Pfg., Schiffbauarbeiter 30 Pfg., Schiffbauarbeiter 30, Nieterschmied 35, Nieterschmied 30, Vorstemmer 35, Wervader 35, Schiffzimmerleute 40, Schiffschlichter 35, Schmiede 35, Werkzeugschlosser 38, Werkzeugmacher 38, Schiffbauarbeiter 33, Maler 35, Anstreicher 30, Tacker 33, Schmiedebelcher (Hammerstr.) 33, Hobler, Bohrer, Feiler, und Stofer 33, Elektriker 35, Kupfer- schmiede 44, Kupferschmiedebelcher 30, Klempner und Bleischr- arbeiter 36, Verzinzer 33, Kesselschmiede 35, Kesselschmiedebelcher 30, Blechspanner 40, Maschinenbauer 35, Maschinenbauarbeiter 33, ungelernete Arbeiter aller Art 30 Pfg.
4. Die unter 20 Jahre alten Nietenlanger erhalten 10 M. pro Woche, Barnmacher 12 M. pro Woche. Maschinisten, Feiler und Kranführer erhalten 10 Prozent Lohnzulage. Neueinstellungen nicht unter 35 Pfg. pro Stunde. Ueberstunden aufschlag kommt in Fortfall. Sonntagsarbeit wird wie für alle übrigen Arbeiter mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt.
- 4a. Arbeiter, die die vorgeschlagenen Löhne, oder bereits höhere haben, sollen 5 Proz. Aufschlag erhalten. Für diejenigen Arbeiter, welche durch Gewährung der Mindestlöhne, nicht wenigstens 5 Proz. Aufschlag erhalten, soll der Lohn um 5 Proz. erhöht werden und so den Mindestlohn darstellen. Bruchteile von Pfennigen sind in allen Fällen nach oben abzurunden.
- 4b. Wer entlassen wird oder freiwillig die Arbeit auf der Werk verläßt, bekommt den bisher bezogenen Lohn, wenn er innerhalb eines Jahres wieder eingestellt wird.
- 4c. Die Arbeitslöhne für durch Alter oder Invalidität Minderleistungsfähige, unterliegen der freien Vereinbarung von Fall zu Fall.
- 5a. Akkordpreise für Arbeiten, die bisher schon gemacht wurden, und sich im laufenden Jahre wiederholen, dürfen nicht herabgesetzt werden.
- 5b. Wo Erhöhung solcher Akkordpreise erforderlich ist, werden die Branchenvertreter dies mitteilen.
- 5c. Neue Akkordpreise sollen so kalkuliert werden, daß nach Vergleichen mit ähnlichen, früheren Arbeiten ein Akkord- überfluß von 33 ein Drittel Proz. erzielt werden kann. Vor Uebernahme der Arbeit ist der Preis den Arbeitern durch Akkordzettel mitzuteilen, und ihnen ein Einspruchsrecht in der Weise zu geben, daß sie bei den Arbeiten, deren Preis ihnen zu niedrig erscheint, ihren Stundenlohn nebst 10 Proz. Aufschlag ausbezahlt bekommen, wenn nicht ein höherer Akkord- lohn von ihnen erzielt wurde.
- 5d. Der Ueberdienst muß für jeden Akkord berechnet und zur Auszahlung gebracht werden. Eine Aufrechnung des Akkorddienstes verschiedener Akkorde gegen einander ist unzulässig.
6. Bei Entlassung oder freiwilligem Austritt aus der Arbeit sind dem betreffenden Arbeiter etwaige Akkordüberschüsse unver- lürzt auszuzahlen.
7. Die Auszahlung des Akkordüberschusses erfolgt bei allen Akkorden nach Fertigstellung derselben bei der nächsten Lohn- zahlung. Bei länger andauernden Akkorden werden alle 14 Tage entsprechende Abschlagszahlungen auf den verdienten Akkordüberschuß geleistet.
- 8a. Ueberzeitarbeit ist nur in dringenden Fällen zu leisten, und wird mit folgenden Aufschlägen vergütet: Ueberstunden 25 Proz., Nacharbeit 33 1/2 Proz., Sonn- und Festtagsarbeit 50 Prozent.
- 8b. Dieser Aufschlag wird sowohl bei Lohn- wie bei Ak- kordarbeit gezahlt.
- 8c. Als Ueberstunden gelten die ersten beiden sich an die Reguläre Arbeitszeit anschließende Stunden, sowie das Ar- beiten in den Pausen, soweit dadurch die normale Arbeits- zeit verlängert wird.
- 8d. Wird über die ersten beiden Ueberstunden hinaus, noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Ueberstunden, auch die beiden ersten als Nachstunden zu entschädigen.
9. Es darf kein Arbeiter länger als 18 Stunden hinter- einander beschäftigt werden.
10. Mit dem Tage des Eintritts verkürzter Arbeitszeit, werden die Löhne für alle Arbeiter so geregelt, daß der früher bei 10stündiger Arbeitszeit erzielte Tagesverdienst, auch bei der verkürzten Arbeitszeit erzielt wird.
11. Die Lohnzahlungsperiode beträgt eine Woche. Die Lohnzahlung erfolgt freitags. Wartezeit nach Schluß der Arbeitszeit wird als Ueberstundenzeit bezahlt.
12. Die gesetzlichen Arbeiterchutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten.
13. Widersprechende Bedingungen der Arbeitsordnung, müssen mit obigen Grundätzen in Einklang gebracht werden.
14. Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Ver- einbarungen nicht beeinträchtigt werden.

Diese Forderungen können in Anbetracht der heutigen Zeit- verhältnisse im Ernste nicht als unerfüllbar oder gar als unbillig bezeichnet werden. Die beteiligten Arbeiter sind dann auch fest entschlossen, mit allen erlaubten Mitteln die Be- willigung der Forderungen herbeizuführen. Das Verhalten der an dieser Bewegung Beteiligten, der Ausständigen wie der noch in Arbeit stehenden, war bisher tadellos. Ist dies auch für die weitere Dauer der Bewegung der Fall, dann dürfte ein Erfolg nicht ausgeschlossen sein.

Nach Fertigstellung des vorstehenden Berichtes geht uns die Mitteilung zu, daß durch Anschlag auf der Werk am Sonnabend den 22. April bekannt gegeben wurde: Wer gewillt sei, sich den Anordnungen des Herrn Carlson zu fügen und sich verpflichte, alle ihm übertragenen Arbeiten, gleich welcher Art, auszuführen, solle sich am Montag, den 24. April, morgens im Zweijahrsaal einfinden und sich schrift- lich verpflichten. Wer das nicht wolle, habe sich als ent- lassen zu betrachten, am Dienstag, den 25. d. sein Werk- zeug abzuliefern und am nächsten Sonnabend seinen Lohn und seine Entlassungspapiere abzuholen.

Durch diese Maßnahme ist die Bewegung in ein anderes Stadium getreten. Die Aussicht auf Erfolg ist dadurch für die beteiligten Arbeiter kaum geringer geworden.

Wie uns noch kurz vor Redaktionsschluß telegraphisch ge- meldet wird, sind am Montag, den 24. April auf der Schichauwerft sämtliche Arbeiter bis auf etwa 50, meist Invaliden und Behrlinge ausgesperrt worden. Gleichzeitig hat sich Herr Direktor Carlson zu Ver- handlungen mit dem Arbeiterausschuß bereit erklärt.

Zum Streik auf der Holter Eisenhütte in Schloß Holte i. Westf.

Seit Herbst vorigen Jahres fühlen die Arbeiter der Holter Eisenindustrie sich wieder veranlaßt, dem Christ- lichen Metallarbeiter-Verband als Mitglieder beizutreten. Der Grund war in einem zehnprozentigen Abschlag der Beschäftigten sowie Einführung anderer Verschlech- terungen zu suchen. Jahresabschluss hatte die Arbeiter- schaft unter den allerniedrigsten Löhnen und schlechtesten Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen, ohne daß sie die Kraft fand, hiergegen anzugehen.

Schon einmal im Jahre 1905 hatten die Arbeiter den Versuch gemacht, aus die'm Land herauszukommen, aber der Inhaber der Holter Eisenhütte, Herr Dr. Tenge, verstand es sehr geschickt, die Arbeiter wieder von der Organisation abzurufen. Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versuchte und erreichte er, die dortige Ortsgruppe unseres Verbandes zu vernichten. Die den Arbeitern damals gegebenen Versprechungen wur- den nicht gehalten. Warum nicht? Weil die Arbeiter fast vollständig dem Verbands wieder den Rücken gekehrt. — Doch bald sahen die Kollegen ein, daß sie einen großen Fehler gemacht hatten, denn es wurde noch schlimmer als vorher. Auf Kommando wurden über Arbeiter Straf- arbeiten verhängt, wenn auch die Verfehlungen noch so gering waren. Herr Dr. Tenge war der „Herr“, und die anderen waren die „Knechte“. Die Schikanierungen, wie Strafarbeit, Lohn- und Abschläge, schlechte Behand- lung usw. führten wieder zum Zusammenschluß fast aller Arbeiter im Christlichen Metallarbeiter-Verband. Die Arbeiterchaft von Schloß-Holte hatte erkennen gelernt, wo ihre wahren Freunde seien, daß der Christliche Metall- arbeiter-Verband ihre heiligsten Arbeiterrechte zur Aner- kennung bringen wird.

Die Versprechungen des Herrn Dr. Tenge waren doch nur gemacht, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Wie Schuppen fällt es jetzt den Arbeitern von den Augen, wo sie sehen, wie wenig der einzelne Arbeiter bisher geachtet worden ist.

In den andern Werken, wo Herr Dr. Tenge Teil- haber ist, sind bedeutend bessere Lohn- und Arbeitsbe- dingungen als in Schloß-Holte. In Barmen und auch in Norden sind Erhebungen angestellt, das Ergebnis war ein geradezu vernichtendes gegenüber den überaus schlech- ten Verhältnissen auf der Holter Eisenhütte. Bedeutend höhere Löhne und auch kürzere Arbeitszeit haben die Ar- beiter auf den Werken in Barmen und Norden. Warum kann der Herr Dr. Tenge nicht auch in Schloß-Holte bessere Verhältnisse aufstellen? Sind die Lohnverhältnisse doch geradezu himmelschreiend zu nennen. Wir wollen einige Proben hier anführen.

| Alter Jahre | Bei der Firma beschäftigt Jahre | Kinder | Lohn M. |
|-------------|---------------------------------|--------|---------|
| 33 | 19 | 2 | 3,00 |
| 30 | 15 | — | 2,80 |
| 52 | 40 | 5 | 2,00 |
| 40 | 24 | 5 | 2,00 |
| 34 | 16 | 6 | 2,50 |
| 53 | 39 | 10 | 2,00 |
| 27 | 3 | — | 2,80 |
| 45 | 30 | 2 | 2,80 |
| 57 | 22 | 3 | 2,75 |
| 25 | 11 | — | 2,80 |
| 40 | 28 | 7 | 2,80 |
| 37 | 10 | 6 | 2,80 |
| 50 | 39 | 6 | 3,00 |
| 34 | 20 | 5 | 2,80 |
| 55 | 30 | 9 | 2,50 |
| 48 | 20 | 3 | 2,70 |
| 51 | 40 | 7 | 2,75 |
| 32 | 12 | 3 | 2,00 |
| 30 | 11 | — | 2,40 |
| 40 | 38 | — | 2,00 |
| 41 | 25 | — | 1,60 |
| 36 | 18 | 3 | 2,50 |
| 21 | 7 | — | 2,00 |
| 45 | 25 | 5 | 2,50 |

Diese Statistik, der von Herrn Dr. Tenge in Schloß- Holte an seine Arbeiter gezahlten Löhne zeigt geradezu erschreckend, unter wie niedrigen Löhnen die Arbeiter dort bisher arbeiten mußten. Der Durchschnittslohn der Ar- beiter betrug 2,00—3,00 M. Die Akkordverdienste für ungefähr ein Viertel der Belegschaft betragen bis 3,60 und ein kleiner Rest (Formen) verdienen an Akkord bis 4,00 M. und etwas darüber. Die Mehrzahl der Ar- beiter aber verdienen unter 3,00 M. teils sogar unter 2,00 M., trotzdem eine größere Anzahl über 25, ja bis zu 40 Jahren auf dem Werk beschäftigt waren. Doch nicht genug damit, daß die Arbeiter so bitter wenig verdienen, sondern auf den in der Arbeitsordnung festgelegten Lohnungstermin, hat Herr Dr. Tenge in den meisten Fällen nicht ausge- löhnt. Erst bei der vorletzten Lohnung mußten die Ar- beiter wieder zwei Tage warten, bis sie ihren rechtmäßig verdienten Lohn empfangen konnten.

Und warum konnte Herr Dr. Tenge sich dieses er- lauben?? Er mußte bisher, daß seine treuen Arbeiter so leicht nichts gegen ihn unternehmen würden. Doch der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Bei der letzten Lohnung hat Herr Dr. Tenge in gefekwörtiger Weise den Arbeitern, welche bei ihm in Werkwohnungen wohnen, Miete, Waren, Schulden, Steuern usw. abgezogen, daß eine Anzahl ohne einen Pfennig Geld nach Hause gehen mußten, trotzdem sie treu und brav die 14 Tage gearbeitet hatten. Eine wahrhaft nette Arbeiterfreundlichkeit!

Der Christliche Metallarbeiterverband hat nun den armen Kollegen eine Extrawahlung zukommen lassen, damit dieselben wenigstens Brod für ihre Familien kaufen konnten. Das Glück wird Herr Dr. Tenge nicht bekommen, daß er seine treuen Arbeiter aushungern lassen kann.

Trotz und alledem glaubt derselbe Herr Dr. Tenge, der die Arbeiter so drangaliert, die Verbandsfunktionäre als „gewissenlos“ sehr bezeichnen zu können. Aber

eins steht fest, alle Bürger und Arbeiter des weiten...

Herr Dr. Tenge hat für sich das Organisationsrecht...

Wir als Arbeiter sind einseitig genug, den Arbeit...

Daraus kann jeder objektiv denkende Mensch ersehen...

Köln-Kalk. Der Streit der Gusspuder der Maschinen...

Köln-Chrenfeld. Seit fast einem halben Jahre bemüht...

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede...

Düsseldorf. Die Kesselerlei der Firma Schwarz ist...

Düsseldorf-Beurath. Die deutliche Maschinenfabrik...

Schloß-Holte. Auf der „Holler Eisenhütte“ (Zn. Dr. S. Tenge)...

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schöbau ist Streit...

Karlruhe. Bei der Firma Junfer u. Kuh sind Differenzen...

Köln-Chrenfeld. Sämtliche Arbeiter der Waggonfabrik...

Köln-Chrenfeld. Bei der Firma Kornelius Esser, Banischloßerei...

Köln-Nippes. Die Werkstat der Firma J. B. Wollfeiler...

Menden. Bei der Firma „Mendener Drahtwerke“ sind...

Menden. Bei der Firma „Mendener Drahtwerke“ sind...

Reheim. Sämtliche Laternenklempner der Firma...

Regensburg. Hier selbst stehen die Schlosser im Streit...

Köln-Kalk. Der Streit der Gusspuder der Maschinen...

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind...

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied...

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder...

Adressen.

Pforzheim. Das Bureau unserer Bezirksleitung und dasjenige...

Aus dem Verbandsgebiet.

Augsburg. Am Sonntag den 19. Februar des Jahres 1911...

Dieser Moment benutzten die christlichen Diskussionsredner...

Die Genossen verhielten sich natürlich, sich aus der Falle zu ziehen...

Dieses Wortkommis aber hatte den Mitgliedern des Kollektivvereins...

Laurahütte. Endlich wollen auch wir einmal aus den Kinderstühlen...

und unseres Standes, an dem die überaus fleißige Arbeiterschaft...

Ein besonderer Fall veranlaßt mich, nochmals darauf hinzuweisen...

Erst kürzlich hat der Bezirksleiter der Gewerkschaft der deutschen Maschinenbauer...

Wir vermuten, daß dieser Erlass schon mehr der Angst vor den Arbeiterorganisationen...

Kollegen von Laurahütte! Unsere Parole muß jetzt lauten: Jetzt wird erst recht...

Kollegen, wir wissen, was wir dem christlichen Metallarbeiterverband zu verdanken...

Weshalb stelle jeder von uns seine Kraft in den Dienst der Organisation...

Strasbourg i. E. Am 1. April hielten wir in Königshofen eine Versammlung...

Auch in der Straßburger „Freien Presse“ Nr. 80 faßelt der Genosse...

Es ist also an der Zeit, daß sich die christlich gesinnte Arbeiterschaft...

Warstein In einer überfüllten öffentlichen Versammlung im Gesellschaftshaus zu Warstein sprach am Sonntag, den 2. April, Gewerkschaftssekretär Kollege Wernerus aus Duisburg über „Christliche oder sozialdemokratische Gewerkschaften?“ Der Redner führte u. a. folgendes aus:

Die Selbsthilfe ist für die Arbeiter unerlässlich zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Erfolgreiche Selbsthilfe kann aber nur dann dauernd geleistet werden, wenn alle Arbeiter eine möglichst große geschlossene Masse bilden. Dazu ist einerseits erforderlich: Einigkeit der Arbeiter und eine große Summe Geldes in der Masse der Berufsorganisation. Einigkeit der Arbeiter fehlt aber voraus, daß in der Gewerkschaft alles Fremden ausgeschlossen wird, um allen Arbeitern die Mitgliedschaft zu ermöglichen. Religion, Politik und andere Streitfragen gehören nicht in die Gewerkschaftsversammlungen. Wenn die Berufsorganisation ernstlich Gegenwartsarbeit leistet, hat sie keine Zeit und kein Geld, um Vorarbeit für einen utopistischen Zukunftsstaat zu leisten. Leider ist hierzulande ein Grundlag für erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit von den sogenannten „freien“, tatsächlich aber sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht beachtet worden. Durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften ist die Einigkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung unmöglich gemacht, weil diese die nicht sozialdemokratischen Arbeiter abstößen. Zum Beweise dieser Behauptung führte der Redner eine ganze Anzahl treffender Beispiele an. Auf dem Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Köln 1905 buchte der erste Beamte der sozialdemokratischen Gewerkschaften Legien unter Beifall öffentlich behauptet: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen geworden sind.“ Eine Organisation, die durch ihren ersten Vertreter die christlich gesinnten Arbeiter so indirekt als unvernünftig beschimpft, kann doch nicht für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Einigkeit aller Arbeiter will. Der Haß gegen das Christentum zieht sich durch alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter, und in vielen Versammlungen wird er gepredigt.

Daß eine solche Erziehung zum Haß gegen alles Christliche allmählich zur Volksverderbung führen muß, zeigt die Sprache, die das Organ der „freien“ Zimmererverbände gegen die Priester führt. In Nr. 43 vom Jahre 1909 buchte dieses sozialdemokratische Verbandsblatt den gemeinen Satz schreiben: „Wo seit anderthalbtausend Jahren, seit die christliche Kirche zur Herrschaft gelangt ist, etwas an Heimtücke, Rechtsverneinung oder Schändlichkeit geschehen ist, was ein normales Menschenhirn nicht fassen kann, da ist der Plan dazu gereift in einem mit moralischem Eifer gefüllten Pfaffenkopfe.“ Widersacher und gemeiner kann man gegen Andersgeiminte nicht schreiben. Einer Organisationsrichtung, die solche Arbeiterverderbung betreibt, können christliche Arbeiter nicht angehören, darum gründeten sie sich christliche Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Standesinteressen.

Ebenso treibt die sozialdemokratische Gewerkschaft Arbeiterzersplitterung auf politischen Gebieten. Noch in der Nr. 11 der „Metallarbeiterzeitung“ wird gegen Zentrum und Konervative und für die Sozialdemokraten unter der Überschrift „Eine Zentrumsniederlage“ geschrieben: „Wir aber wollen wünschen, daß die Kommenden, allgemeinen Reichstagswahlen dem Zentrum und den Konservativen noch manche weitere Niederlage bringen mögen. Es kann nur heißen: „Nieder mit dem schwarzen Blau!“ Ein solcher Kampf wird gegen alle bürgerlichen Parteien geführt. Für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten werden aber sogar große Summen Geldes aus Gewerkschaftskassen hergegeben. Dadurch ist einem nicht sozialdemokratischen Arbeiter ein Verweilen in sozialdemokratischen Gewerkschaften unmöglich gemacht. An dieser Zersplitterung der Arbeiter ist die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung schuld.

Darum handelten die christlichen Arbeiter in ihrem Interesse, als sie sich eine Bewegung schufen, die sich auf gewerkschaftliche Gegenwartsarbeit beschränkt, und die bei ihrem Handeln die religiöse und politische Anschauung ihrer Mitglieder respektiert. Hierdurch ist eine Einigkeit ohne Terrorismus und Gewissenszwang möglich. Der Erfolg der vergangenen 12 Jahre zeigt uns schon 330 000 christliche Männer in christlichen Gewerkschaften geeinigt. Besonders die Metallarbeiter sind im christlichen Metallarbeiterverband besser geschützt wie bei den Sozialdemokraten, weil er das Verbot der Verbandsverträge besitzt.

Nach Wernerus sprach der Gauleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Karl Spiegel aus Düsseldorf. Derselbe führte in einem einstündigen Gegenwort einen richtigen Giertanz auf. Die unumstößlichen Beweise, die Wernerus für die arbeiterschädigende Zersplitterung der sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgebracht hatte, konnte Spiegel nicht ablegen. Wie die Frage um den heißen Brei so ging er um den Kern des ganzen Streites herum. Statt auch nur den Versuch einer Widerlegung zu machen, redete Genosse Spiegel immer von seiner hohenwertigen Person. Er fragte mit prominent unschuldbollem Augenwinkeln die Warsteiner: „Wann haben ich schon einmal die religiösen Gefühle der Mitglieder unseres Verbandes verletzt? Wo habe ich denn einen gezwungen, Sozialdemokrat zu werden?“ Als Herr Spiegel dann vorgehalten wurde, er möge doch einmal die Behauptungen von Wernerus einträufen, da kam er mit der alten, lebenslänglichen Ausrede, in den Statuten stünde nicht, daß jemand Sozialdemokrat sein müsse, was den freien Gewerkschaften anzugehören. Als weiterhin Gewerkschaftssekretär Wernerus den Genossen Spiegel zwang, Farbe zu bekennen und seine Ansicht zu sagen über die vorgebrachten Beweise, da wollte er wieder die einzelnen Gewerkschaftszeitungen noch den ersten Beamten Legien als maßgebend für die Gesamtbewegung gelten lassen. Für die Meinungen einzelner Leute die Bewegung nicht verantwortlich gemacht werden. So versuchte er sich herauszureden. Dieses nachdrückliche Verstandensspiel ist dem Genossen Spiegel allerdings nicht geschenkt worden. Wernerus stellte den entweichenden Fuchsweg allen seinen Wegen, die er einschlug, um sich vor die Kamera zu heimen. Als gar kein Ausweichen mehr half, da hielt Spiegel dem gemeinen Ausdruck des „Zimmerer“ von dem „mit moralischem Eifer gefüllten Pfaffenkopfe“ entgegen, die christlichen Führer seien gegen Gefährliche auch roh im Ton. Als „Beweis“ führte er die ersten Verordnungen an, die gegen Berliner Facharbeiter geschrieben wurden. Die Sächlichkeit dieses Vergleichs wurde dem sozialdemokratischen Apffel aber gründlich Nargemacht. Vor die bestimmte Frage gestellt, ob er (Spiegel) denn

diesen die Arbeiter verrohen, gemeinen Ausdruck des „Zimmerer“ nicht verurteile, sagte Genosse Spiegel: „Nein, dazu habe ich keine Befugnis.“

Genosse Spiegel holte sich in Warstein keine Vorbeeren. Es ist den Warsteiner Arbeitern einmal klar gezeigt worden, wie die „freien“ (sozialdemokratischen) Gewerkschaften wirklich ausfallen. Das haben die Genossen wohl gemerkt, darum sprach Spiegel zum Schluß von der notwendigen Einigkeit und von dem guten Einvernehmen der Arbeiter untereinander. Auch der Beamte des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins „Friedens“ können machen und schimpfte dabei auf die bösen Christlichen. Gegen die arbeiterschädigenden sozialdemokratischen Verbände jagte er kein Wort. Spiegel hob seine Freundschaft zu dem Hirsch-Dunderschen Verein besonders hervor.

Als der Referent Wernerus im Schlußwort darauf hingewiesen hatte, daß die christlichen Arbeiter aus moralischen, religiösen und politischen Gründen keiner sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören könnten, fand er bei allen christlichen Arbeitern Zustimmung. Heute sind aber auch in materieller Beziehung die Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften absolut sichergestellt, sozialdemokratische Gewerkschaften können ihnen nichts Besseres bieten.

(Anmerkung d. R.) Ueber diese Versammlung berichtet Genosse Spiegel in der letzten Nummer der Metallarbeiterzeitung einen Artikel, der die Verlegenheit seines Verfassers nur zu deutlich erkennen läßt. Wernerus soll vor Beginn des Vortrages „nervös“ in seinen Aktien herangekommen haben. Ei, Ei! Vom christlichen Metallarbeiterverband sind in den letzten Monaten eine ganze Anzahl öffentliche Versammlungen mit der gleichen Tagesordnung abgehalten worden. Die Genossen hatten jedoch nicht den Mut, ihre arbeiterschädigende Zersplitterungspolitik zu verteidigen. Der Genosse Kronshage aus Dortmund ist sogar trotz Zusicherung der gleich langen freien Redezeit, dem Koll. Wernerus in Dortmund am 19. März aus der Versammlung davongelaufen. Im gleichen Heft der besprochenen „nutigen“ Genossen unsern Beamten Kreis das Wort nicht zu geben. Auch in Dortmund, dem Orte, wo die Genossen den neuesten Arbeiterverrat verübten, blieben sie trotz freier Diskussion unsern öffentlichen Versammlungen fern. Selbst Genosse Spiegel der ja im Kreise seiner Freunde in Dortmund so mutig auf die bösen Christen schimpfte hatte „keine Zeit“, in diesen Versammlungen zu erscheinen. Da soll man „nervös“ werden, wenn solche „Helden“ einmal in die Versammlung kommen? Na, na! da würden wir aber nicht erst öffentliche Versammlungen abhalten. Daß im sozialdemokratischen Verbandsorgan zu lesen ist: „Unsern Kollegen Spiegel war es ein Leichtes, die Ausführungen des W. in ein Nichts aufzulösen“, versteht sich ja von selbst. Die Warsteiner Arbeiter denken aber anders über den Fall. Sie haben einmal deutlich gehört, was sozialdemokratische arbeiterschädigende Gewerkschaftspolitik zur Folge hat. Um die eigenen Nachbarn vor den überzeugenden Worten der christlichen Gewerkschaftler in Sicherheit zu bringen, hatten die Genossen in Warstein vorwärts halber noch eine Mitgliederversammlung für den gleichen Abend anberaumt. Wir aber sind mit dem Erfolg in Warstein gern zufrieden. Es hat geseissen.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen!**
- Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!**
- Bochum I u. II.** Miens, Weimar, Günnigfeld. Vortragsabend für die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner Sonntag, den 30. April, 8 Uhr bei Wilmel, Klosterstraße 85 (am Kloster). Mitglieder können teilnehmen. Die Generalversammlung findet am 7. Mai, 7 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Redner Kollege Kreis, Dortmund.
 - Clebe.** Sonntag, den 30. April, morgens 11 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus bei Pauls Metallfabrikversammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redners über „Lohnverträge“. Unorganisierte mitbringen.
 - Chemnitz.** Sonntag, den 7. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung im „Freisicheren Hof“, Brauhausstr. 13.
 - Dinslaken.** Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10^{1/2} Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Lokale Dekinghaus. Unorganisierte mitbringen.
 - Dortmund-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 30. April, vormittags 11 Uhr im Christl. Gewerkschaftshaus, Weierbleichstraße 62^{1/2}. Quartalsgeneralversammlung.
 - Dortmund-Dorffeld.** Samstag, den 29. April, abends 6 Uhr Versammlung bei Sturm.
 - Duisburg-Niederich.** Sonntag, den 30. April, nachmittags 4 Uhr bei Kleine Kalland (Nägerhof), Unter den Ulmen, Mitglieder-Versammlung mit Frauen. Anschließend Familienfeier. Frau Steiners wird als Referentin erscheinen.
 - Duisburg-Rendorf.** Samstag, den 29. April, abends 1/9 Uhr bei Haverkamp, Ede Kammer- und Krautstraße Mitglieder-Versammlung. Referent Kollege Bureack.
 - Duisburg.** Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 3^{1/2} Uhr im Dg.-Saal im Schützenhaus, Großer Saal, Generalversammlung der Ortsverwaltung. Frauen willkommen. Vortrag der Frau Seeimers-Uerdingen und des Kollegen Wernerus-Duisburg.
 - Duisburg-Rheinhausen.** Sonntag, den 30. April, nachmittags 5 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Reigis.
 - Düsseldorf-Ratingen.** Samstag, den 29. April, abends 8 Uhr Versammlung bei Kaufmann, Ref. Koll. Leupke.
 - Düsseldorf-Reithmann.** Mittwoch, den 3. Mai, abends 8^{1/2} Uhr Versammlung bei Otto Gien, Kanderstraße.
 - Düsseldorf-Klempner und Installateur.** Mittwoch, den 3. Mai, abends 9 Uhr Branchenversammlung bei Hagedorn, Luisenstr.
 - Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Sonntag, den 7. Mai, vormittags 11 Uhr im Paulshaus gemeinsame Mitglieder-Versammlung der gesamten Verwaltungsstelle.
 - Durlach.** Samstag, den 6. Mai, abends 1/9 Uhr Versammlung im Lokal zum Fahnenhof, Hauptstr. 71. Vollständiges Erntedankfest.
 - Effen-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 30. April, vormittags 10^{1/2} Uhr Generalversammlung im „Alfredshaus“ Frohnhauserstr. 19. Wichtige Tagesordnung, daher vollständiger Besuch erwünscht.
 - Effen-Aleingewerbe** (Schlosser, Schmiede und Klempner). Samstag, den 29. April, abends 8^{1/2} Uhr im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße 19. Rittler-Versammlung mit Vortrag.
 - Effen-Klein-Kray.** Samstag, den 29. April, abends 8^{1/2} Uhr Mitglieder-Versammlung im Kray bei Freitag, Grenzstraße. Vortrag des Kollegen Himmig: „Warum mußten christliche Gewerkschaften gegründet werden.“
 - Effen-Segeroth.** Sonntag, den 30. April, abends 7 Uhr bei Lauerberg, Kreuzstraße Vortrag des Koll. Götze: „Die Bedeutung der ortsüblichen Tagelöhne.“
 - Effen-Ortsverwaltung.** Mittwoch, den 3. Mai, abends 8^{1/2} Uhr bei Wial, Altonaerstraße 299, Vortragabend mit dem Thema: „Entwicklung des Sozialismus“. Referent: Redakteur F. Noos. Anzeigen, sonst für Kassenbesuch.
 - Eisenach.** Samstag, den 6. Mai, abends 8^{1/2} Uhr Versammlung in der Glewau.
 - Erlangen.** Samstag, den 29. April, abends 1/9 Uhr im Lokal „alte Krone“ Mitglieder-Versammlung. Kein Kollege darf fehlen.

- Feintrop.** Sonntag, den 30. April, nachmittags 2 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.
- Gelsenkirchen-Nestadt.** Samstag, den 29. April, abends 8 Uhr Versammlung bei Markus.
- Gelsenkirchen-Bulmke.** Sonntag, den 30. April, vormittags 11^{1/2} Uhr Versammlung bei Wehede.
- Gelsenkirchen-Pöhlen.** Dienstag, den 2. Mai, abends 8^{1/2} Uhr Versammlung bei Nachbarschaft.
- Gevelsberg-Schwelm-Ortsverwaltung.** Sonntag, 7. Mai Ausfahrt der Gelanten Mitglieder der Ortsverwaltung nach Brederfeld. Abmarsch von Schwelm und Gevelsberg punkt 12,45 Uhr, von Wilske punkt 1,15 Uhr und von Altonaerstraße 1,40 Uhr. Zusammenkunft 2.15 Uhr am Torpe bei Voerde.
- Gladbek.** Sonntag, den 30. April, nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Vorpost (Christliches Gewerkschaftshaus).
- Grattingen.** Sonntag, den 30. April, 11 Uhr Generalversammlung bei Vorlat.
- Hamm-Offen.** Sonntag, den 30. April, nachm. 6 Uhr Versammlung bei Brinkmüt.
- Hamm-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 30. April, vormittags halb 12 Uhr Quartalsversammlung bei Heitfeld.
- Hort-Gmscher.** Sonntag, den 30. April, abends 6 Uhr Versammlung bei Rüping.
- Halle a. d. S.** Sonnabend, den 6. Mai, abends 8^{1/2} Uhr bei Schulte, Pfännerhöhe 74 Versammlung mit Vortrag des Herrn Lehrer Dietrich über: „Die Bekämpfung der Schulbittler.“
- Innsbruck.** Samstag, den 29. April, abends 8 Uhr Versammlung im kath. Vereinshaus. Alle erscheinen!
- Karlruhe.** Sonntag, den 7. Mai, vorm. 10 Uhr, Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung im Palmgarten.
- Köln-Gumboldt-Kolonie.** Samstag, den 29. April, abends punkt 9 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Huth, Efferstr.-Ede.
- Köln-Nalb-Heumar.** Sonntag, den 30. April, morgens gleich nach dem Vorkant im Lokale Kreis außerordentliche Generalversammlung mit Vorkantwahl und Vortrag des Kollegen Zillefens.
- Köln-Sürth.** Sonntag, den 30. April, morgens 11 Uhr im Lokale Schuch außerordentliche Generalversammlung mit Vortrag des Kollegen Käfer.
- Köln-Stadt.** Samstag, den 6. Mai, abends punkt 9 Uhr Versammlung im Bierkeil.
- Köln-Indenhal.** Samstag, den 6. Mai, abends 8^{1/2} Uhr im Lokale Ederler, Bachemstr. 129 Versammlung aller christlich organisierten Kollegen.
- Köln-Chrenfeld.** Samstag, den 6. Mai, abends punkt 9 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Kornbücker, Keppelerstraße. Alle Kollegen müssen erscheinen.
- Köln-Schnellweide.** Sonntag, den 7. Mai, morgens 11 Uhr im Lokale Groß Versammlung. Freunde unserer Sache willkommen.
- Köln-Kalk.** Sonntag, den 7. Mai, morgens punkt 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Schorow, Kaiser Hauptstr. Wichtige Beratungen. Keiner darf fehlen.
- Krefeld.** Jeden Freitag Abend zwischen 1/9—1/10 Uhr Geschäftsstunde in der Reichshalle. Sonntag, den 30. April, morgens zwischen 1/11 bis 1/12 Uhr ist die Wahl der Delegierten für die Bezirkskonferenz. Wahllokal: Reichshalle.
- Krefeld, Jugendabteilung.** Sonntag, den 30. April, morgens 1/11 Uhr in der Reichshalle Versammlung mit Vortrag. Kein Trinkzwang.
- Lippstadt-Westernfotten.** Sonntag, den 30. April, morgens 10^{1/2} Uhr bei Kämper.
- Lippstadt (Jugendabteilung).** Sonntag, den 30. April, nachm. 3^{1/2} Uhr bei Molitor.
- Lippstadt-Klempner.** Mittwoch, den 3. Mai, abends 8 Uhr bei Molitor.
- Lippstadt.** Sonntag, den 7. Mai, nachm. 1^{1/2} Uhr Quartalsversammlung bei Molitor. Nachm. 3 Uhr Spaziergana nach Westernfotten. Familienanhänger und Freunde sind hierzu eingeladen.
- Lippstadt-Lipperode.** Samstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr bei Mutterwe.
- Lippstadt-Strupe.** Samstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr Versammlung bei Wiedmann.
- Ludwigshurg.** Jeden 4. Samstag im Monat, abends 1/9 Uhr Versammlung bei Weimann.
- Mannheim-Sackenheim.** Sonntag, den 30. April, nachmittags 2 Uhr Versammlung mit Vortrag im Lokale „Zur Kapelle“.
- Mannheim-Neckarau.** Sonntag, den 30. April, nachm. 2 Uhr Versammlung mit Vortrag im Döfen.
- Mannheim-Bierheim.** Sonntag, den 30. April, morgens 1/11 Uhr Versammlung mit Vortrag im Restaurant „Zum Storch“. Referent: Kollege Null.
- Millingen (Kreis Nees).** Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 4^{1/2} Uhr öffentliche Gewerkschaftsversammlung bei Hartmann.
- Mülheim-Syrenth.** Sonntag, den 30. April, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Johann Beck, Mülheimerstraße.
- München.** Dienstag, den 2. Mai, abends 8 Uhr im Gasthaus Leopoldstadt, Senefelderstraße 11^{1/2} Kunst- u. Wauschloffer-Versammlung. Dienstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr im Gasthaus Leopoldstadt Delegierten- und Vertrauensmänner-Versammlung. Vertrauensleute aller Branchen müssen unbedingt erscheinen. Samstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag über die Arbeiterfrage. Referent Kollege Ungeheuer.
- Neheim-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2 Uhr Generalversammlung im Gesellschaftshaus. Quartalsabrechnung, Erhöhung des Lokalschulds, Vortrag.
- Neheim-Niedersee.** Sonntag, den 30. April, nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Nordhaus, Station Saar.
- Neheim-Müschede.** Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 5 Uhr Mitglieder-Versammlung.
- Neheim-Pöhlen.** Sonntag, den 7. Mai, vormittags 11^{1/2} Uhr Mitglieder-Versammlung bei Daune.
- Oberhausen (Nhd).** Sonntag, den 30. April, nachm. 4 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Keimerting, Ede Düppel- und Königstraße.
- Oker.** Sonntag, den 7. Mai, abends 8 Uhr Versammlung bei G. Bod. Alle erscheinen!
- Oderborn.** Sonntag, den 30. April, morgens 11 Uhr im Vereinshaus Versammlung der Klempner und Installateure. — Samstag, den 6. Mai, abends 1/9 Uhr bei selbst Versammlung der Schlosser und verwandten Berufe. Vollständig erscheinen und Unorganisierte mitbringen.
- Plettenberg.** Sonntag, den 30. April, nachm. 1 Uhr Mitglieder-Versammlung bei W. Schmidt. Vollständiges Erscheinen der Kollegen ist Ehrenpflicht. — Die Adresse des Vorsitzenden ist Adolf Gernborf, Osterbachstraße 10.
- Stuttgart.** Samstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Gengler, im Römischen König.
- Sulzbach.** Sonntag, den 30. April, nachm. 1 Uhr Ausfußsitzung. 2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Feil, Sulzbach.
- Worms.** Sonntag, den 30. April, nachmittags 3 Uhr öffentliche Versammlung der christlichen Gewerkschaften im ozean Saale der 12 Apostel. Redner: Bezirksleiter Wihl. Köhling, Straßburg und Johs. Frankfurter, Mannheim. Jeder Kollege muß erscheinen. Unorganisierte mitbringen.
- Zweibrücken.** Montag, den 2. Mai, abends 11 Uhr Versammlung in der Restauration Bismarck. Vortrag des Koll. Gabn. Unorganisierte mitbringen.

Zünftige Bauhülloffer (Ältere und jüngere) f. best. Eienkonstruktion u. Gitter, w. bei hohem Lohn (neuer Tarif) und bauend so ort gesucht. **German Köppler, Stuttgart, Böblingerstraße 29.**

Zünftige Bauhülloffer finden nach den Lohnsätzen des neu abgeschlossenen Tarifvertrags dauernde Beschäftigung. **Schlosser-Verein Stuttgart, i. A. Aug. Thüringer, Gerberstraße 12 h.**